Mittwoch, 31. August 1932
Nr. 196. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Reichstagseröffnung und Auflösung

Mordhetze gegen Klara Zetkin — Präsidentenwahl schon am ersten Tag — Papen holt die Auflösungsorder von Hindenburg

Berlin, 30. August

Heute, am letzten Tag der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Frist, wird der Reichstag eröffnet. Die Eröffnung findet unter einer in der Geschichte aller Völker ohne Beispiel dastehenden Situation statt. Während das Parlament in dem Lande mit der „freiesten Verfassung der Welt", wo „alle Macht vom Volke ausgeht", sich konstituiert, weilt der Kanzler beim Reichspräsidenten, um sich das offizielle Dekret für die sofortige Wiederauflösung des Reichstages bzw. die Ermächtigung das Parlament kurzerhand heimzuschicken, zu holen. Am gleichen Tage wird eine Notverordnung erlassen werden mit einem verfassungswidrigen Wirtschaftsprogramm, das die elementarsten Arbeiterrechte aufhebt und die reinste Kapitalsdiktatur etabliert.

Wenn es der Reichskanzler von Papen, der neun Zehntel des Reichstages gegen sich hat, wagen kann, diese Diktatur aufzurichten, so ist das nur erklärlich durch die Tatsache, daß die Arbeiterklasse und ihre beiden großen Parteien völlig aktionsunfähig sind und andererseits, daß trotz aller „scharfen Opposition" der Nationalsozialisten Herr von Papen sich neben der Reichswehr auf die riesenhafte faschistische Massenfront stützen kann.

Die Arbeiterklasse darf sich durch die Tatsache einer verschwindenden Minderheit Papens im Reichstag nicht täuschen lassen. Daß Papen bei den kapitalistischen Parteien keine formelle parlamentarische Zustimmung und Mehrheit findet, ist nur darauf zurückzuführen, daß im Lager der Bourgeoisie Differenzen über die Führung bestehen. Junkertum und Großkapital wollen die Führung nicht an Hitler abgeben, sie wollen seine Macht nur für ihre Diktatur einsetzen.

Trotz dieser Differenzen ist aber die Front von den bürgerlichen Demokraten und Zentrum bis zu Hitler im Grunde einig in der Unterstützung der von Papen verkündeten Kapitalsdiktatur. Die große Masse des Bürgertums und Angehörigen aller kapitalistischen Parteien sind dabei sehr zufrieden mit Papen und seinem Programm. Diese Tatsache lähmt auch die „Opposition" der Hitlerpartei.

Daß diese „Opposition" der NSDAP gegen Papen keine grundsätzliche ist, sondern vor allem der Nazi-Demagogie dient, wird am besten illustriert durch die

Zusammenkunft Papens und Hitlers

am Montag, unmittelbar nach der „scharfen" Rede Papens gegen Hitler. Sie diente offensichtlich der Herstellung des von der „Börsenzeitung" vorgeschlagenen

nationalen Burgfriedens.

Aus alledem ergibt sich, daß nur die Arbeiterklasse gegen Papenprogramm und Kapitalsdiktatur steht. Nur sie allein ist auch imstande, den Kampf dagegen zu führen. Dieser Kampf kann aber unmöglich um „die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechts", um das parlamentarische System geführt werden. Seine Kampflosungen zur Mobilisierung der proletarischen Millionenarmeen können nur lauten:

Schluß mit der faschistisch-großkapitalistischen Papendiktatur!
Sturz des kapitalistischen Systems!
Errichtung des Sozialismus!
Her mit der Arbeiterregierung!

Die „Vorbereitungen" zur Reichstagseröffnung

Alle Fraktionen haben am Montag Sitzungen abgehalten, um zur Reichstagseröffnung, zur Frage der Alterspräsidentin, Clara Zetkin, und zur Präsidentenwahl Stellung zu nehmen. Im Vordergrund steht zunächst die

Mordhetze der Nazis gegen Zetkin,

weil „sie es wagt", den deutschen Reichstag zu eröffnen. Der „Völkische Beobachter" wirft der kommissarischen preußischen Regierung Landesverrat vor, weil sie die „Landesverräterin Zetkin-Zundel" bei ihrer Reise von Moskau nach Berlin überhaupt über die Grenze gelassen hatte. Die Nazis glauben ihre Hetze steigern zu können, indem sie jetzt in großer Aufmachung Teile der Anklageschrift des Staatsanwaltes aus dem Landesverratsprozeß gegen Zetkin im Jahre 1915/16 veröffentlichen. Alle diese Zitate beweisen aber nur, wie mutig Genossin Zetkin schon 1915 gegen Völkermorden und Kriegshetze gekämpft hat. All das ehrt sie nicht nur in den Augen jedes Proletariers, sondern bei allen rückgradfesten Menschen der ganzen Welt.

Auch die Deutschnationalen nahmen in ihrer Fraktionssitzung gegen die Eröffnung des Reichstages durch Zetkin als Alterspräsidentin Stellung. Doch nimmt man allgemein an, daß Nazis wie Deutschnationale sich im Reichstag gegenüber der Alterspräsidentin ruhig verhalten werden, weil sie schnell ein gewähltes Präsidium herbeiführen wollen.

Speziell das Zentrum, das immer noch das Zustandekommen einer Koalition mit den Nazis unter Beseitigung Papens anstrebt, tritt für eine

Präsidentenwahl schon am ersten Sitzungstage

ein. Die „Germania" schreibt darüber:

„Man darf annehmen, daß alle Parteien des Reichstages in der heutigen ersten Sitzung von dem Bestreben geleitet sein werden, alles zu vermeiden, was das neugewählte Parlament in seiner Arbeitsfähigkeit und Ordnung irgendwie diskreditieren könnte. Deshalb wird auch die Tatsache, daß die heutige erste Sitzung des Reichstages von der kommunistischen Abgeordneten Klara Zetkin als dem ältesten Mitglied geleitet sein wird, zu besonderen Zwischenfällen wohl kaum Anlaß geben. Im übrigen besteht die Absicht, bereits in der heutigen Sitzung das Präsidium des Reichstages zu wählen. Die Zentrumspartei hält in dieser Frage bekanntlich an der Tradition fest, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt (es soll der Nationalsozialist Stöhr gewählt werden) und die übrigen Mitglieder des Präsidiums in der Reihenfolge der Fraktionsstärke gewählt werden, wobei sie selbstverständlich die Voraussetzung macht, daß die gewählten Mitglieder des Präsidiums sich zur strikten Wahrung der Geschäftsordnung verpflichten. Ueber die Wahl des Präsidiums sind zurzeit noch Besprechungen im Gange, die bis zum Beginn der Plenarsitzung ihren Abschluß gefunden haben dürften."

Die „Germania" meldet weiter, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages in ihrer heutigen Sitzung wieder den Abgeordneten Esser zum Vizepräsidenten vorzuschlagen beschlossen hat.

SPD und Gewerkschaften zum Papenprogramm

Ablehnung, aber keine Kampfmaßnahmen

Der „Vorwärts" vom Montag abend schreibt unter der Überschrift: „Papen gegen Arbeiterrechte — Dilettantische Pläne":

„Es ist ein Programm des Verfassungsbruchs, das Herr von Papen gestern in Münster entwickelt hat. Ein Mann der vom ganzen deutschen Volke abgelehnt wird, vermißt sich, Pläne zu entwickeln, die nur in Jahren durchgeführt werden können und die er unter Abwehr „aller Störungen durch Parteien" zu verwirklichen gedenkt. Was heißt das anderes, als daß der ganze Umbau des Staates und der Wirtschaft unter Ausschaltung des Reichstags vorgenommen werden soll!?

Auch der Reichspräsident, von dem Herr von Papen seinen Auftrag hat, ist an die Verfassung gebunden. Wer dem Reichspräsidenten den Rat erteilt, gegen die Verfassung zu handeln, begeht ein Verbrechen am Staat!"

Im „Vorwärts" wird gleichzeitig berichtet, daß die Vorstände der freien Gewerkschaften folgendes

Telegramm an den Reichspräsidenten

gesandt hätten:

„Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über die Absichten der Reichsregierung bedeuten die tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechtes und eine einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften appellieren an den Herrn Reichspräsidenten, einer solch beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen."

Es wird weiter berichtet, daß in Gewerkschaftskreisen die Pläne Papens mit „Empörung" aufgenommen worden seien. Die Gewerkschaften erklären:

„Neueinstellungen von Arbeitern mit einer Prämie von 400 Mark zu belohnen, wird

allen möglichen Schiebungen Tür und Tor öffnen.

Es würde eine Kleinigkeit für Unternehmer sein, sich dahin zu verabreden, daß einer von ihnen die entlassenen Arbeitskräfte des anderen aufnimmt, um sich dafür eine Prämie von 400 Mark pro Kopf jährlich zu sichern!

Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Plänen des „Herrn von Papen schärfsten Widerstand entgegenzusetzen."

Ganz ähnlich beurteilt der Vorstand des Hirschdunkerschen Gewerkschaftsringes das Papen-Programm.

*

Es ist klar, daß SPD und Gewerkschaften gar nicht anders können, als dieses Programm der Zerschlagung des Tarifwesens und der Vernichtung der Gewerkschaften schroff abzulehnen. Die „Vorwärts"-Äußerungen lassen auch an Schärfe gegenüber Papen nichts zu wünschen übrig. Aber nicht Betteltelegramme, auch nicht nur scharfe Protestworte genügen, sondern jetzt gilt es der Papen-Kapitals-Diktatur, wie auch vor allem zur Aufklärung und Mobilisierung der Arbeitermassen klipp und klar zu sagen:

Welche Kampfmaßnahmen gedenkt die Gewerkschafts-Leitung sofort einzuleiten und durchzuführen?

Jede Hoffnung aufs Parlament ist heute nicht mehr nur eine Illusion, sondern ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, denn es steht fest, daß das Parlament entweder sofort wieder aufgelöst oder heimgeschickt, also auf jeden Fall gänzlich ausgeschaltet wird. Es kann daher

nur den außerparlamentarischen Massenkampf geben.

Dieser Kampf ist heute gewiß sehr schwer, aber er wird nie leichter sein und werden. Er kann nur mit Erfolg geführt werden, wenn die Gewerkschaften ihre ganzen Machtmittel in diesen politischen Massenkampf einsetzen und wenn die ganze Arbeiterklasse geschlossen in Aktion tritt. Deshalb ist jetzt die von der Sozialistischen Arbeiterpartei immer vertretene Losung zur Lebensfrage der Gewerkschaften, wie der ganzen Arbeiterklasse geworden, die Losung

Schaffung des Arbeiterblocks!

Zentral wie örtlich und bezirklich müssen sofort Verhandlungen aller Arbeiterorganisationen und Parteien zwecks sofortiger Herstellung der einheitlichen Arbeiterfront, des Arbeiterblocks erzwungen werden.

Ein Unbelehrbarer

DMV-Brandes über Revolution und Bürgerkrieg

Zu den Vielen und Allzuvielen, für die die Weltgeschichte nur dazu da ist, um nichts aus ihr zu lernen, gehört — leider nicht als einziges Vorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes — der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Brandes. Wie alles, was sich in der jüngsten Zeit begab, ist an ihm offenbar auch der 20. Juli ohne jede Lehre vorbeigerauscht, denn obwohl an diesem Tage die Demokratie ihren hörbarsten Knax, die Weimarer Verfassung ihre tiefste Aushöhlung erlebt hat, wiederholte Brandes auch auf dem Dortmunder Verbandstag soeben wieder mit ermüdender Monotonie das Lob der Demokratie als der gegenüber Putsch und Bürgerkrieg „sicheren Methode", die Arbeiterschaft zum Siege zu führen. Und Einwänden begegnete er von vornherein mit dem Hinweis, „daß wir mit dieser Politik einen erheblichen Aufstieg bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erreicht haben".

So plausibel diese Argumentation indessen auf den ersten Blick klingt, so sehr ignoriert sie den wahren Tatbestand. Dieser aber besteht darin, daß alle jene Errungenschaften, die Brandes noch rückschauend mit Stolz erfüllen, alles andere als am Baume der Demokratie gereifte Früchte waren. Das Bürgertum konzedierte die sozialen Verbesserungen nicht, weil die Spielregeln der Demokratie sie dazu zwangen, sondern weil sie der 9. November in Schrecken versetzt hat und weil sie noch viele Jahre nach Kriegsbeendigung ein Wiederaufleben jener elementaren Bewegung befürchten mußte. Das ganze Sozialversicherungssystem, das sich nach 1918 in Deutschland erhob, bildete somit im Grunde genommen nichts anderes als das Lösegeld, mit dem der Kapitalismus das Recht zu seinem eigenen Fortbestand von der durch die Schrecken und maßlosen Opfer des imperialistischen Krieges aufgewühlten Arbeiterklasse erkaufte.

Es war eine Illusion, diese sozialen Errungenschaften irgendwie mit der Verfassung von Weimar und der mit ihr begründeten politischen Demokratie in Deutschland in Verbindung zu bringen, und wer dies bisher bestritt, dem sollten wenigstens die allerjüngsten Vorgänge die Augen ein für allemal geöffnet haben. Denn wie kam es, daß gerade auf dem Boden dieser Demokratie alle diese Errungenschaften ins Rutschen kamen, daß sie noch ungleich rascher, als sie geboren wurden, dem tödlichen Gift der Notverordnungen zum Opfer fielen? Die Weltwirtschaftskrise brauchte sie nicht ohne weiteres zu knicken. Diese hat mit einem elementaren Naturgeschehen nichts auszustehen, sondern ist ein rein gesellschaftliches Phänomen. Wäre die Demokratie die Kraft oder auch nur der günstigere Kampfboden für die Arbeiterklasse, von dem Brandes in Dortmund ebenfalls sprach, dann konnte nie und nimmermehr diese unerhörte Sozialreaktion das Ergebnis sein, die heute in Deutschland täglich Tausende von Menschen in den Tod schickt und jedenfalls zumindest die Hälfte der gesamten Bevölkerung zum Hungern zwingt. Denn dann hätte zwangsläufig die sozialistische Bewegung wie zu keiner Zeit anschwellen und die Kraft erhalten müssen, an die Stelle eines derart offenkundig versagenden Wirtschaftssystems ein neues, andersartiges, von allen Rücksichten auf das Privateigentum freies zu setzen.

Was aber erleben wir statt dessen? Nach dreizehn Jahren Demokratie ist die sozialistische Bewegung geschwächter als selbst in den Zeiten der Monarchie. Nie konnte die herrschende Klasse das freie Wort und die freie Meinung derart knechten wie heute, nie die Klassenjustiz sich derartige Exzesse erlauben, nie Wehrmacht und Bürokratie, nie Generäle und Junker mit so dreistem Zynismus der Volksrechte spotten wie in diesen Tagen.

Das sind ja nun wohl Tatsachen, an denen auch der zeitfremdeste Zeitgenosse nun einmal nicht vorbeigehen kann, und also wohl auch Brandes nicht. Doch er hat hierfür sofort eine sehr einfache Erklärung zur Hand: „Wir haben in Deutschland nur deshalb mit dem Faschismus als politischem Faktor zu rechnen, weil der Bolschewismus den Boden bereitet hat". Das klingt zu lakonisch, um genau ersehen zu können, was sich Brandes bei diesem Satze vorstellte. Da aber wohl ein Sinn bei diesen Worten zu suchen ist, so kann damit nur gemeint sein, daß ein Teil der Arbeiterbewegung die Bourgeoisie allzu sehr gereizt hat, als daß diese bereit ist, sich noch länger in demokratischer Geduld zu üben. Hätten wir damit den Faden gefunden, auf dem Brandes die zitierten Worte aufschnürte, dann wäre ihm sehr zu empfehlen, diese hinfort nur noch still weiter zu sagen. Denn so oder ganz ähnlich hätte nämlich das gegenwärtige Junkerkabinett seine eigene Notwendigkeit begründet. Kein Satz der ganzen Regierungserklärung ist aber auch so viel belächelt worden wie gerade dieser, weil der „Bolschewismus" in Deutschland nie eine geringere Resonanz hatte wie in den Tagen, da die Papen und Schleicher es für notwendig hielten, in höchsteigener Person auf den Vordergrund der politischen Bühne zu treten. Und auch sonst sollte Brandes mit dem Wort „Bolschewismus" sehr vorsichtig umspringen, denn als Gewerkschaftsführer wird er wenigstens von Berufs her wissen, daß den Kapitalisten, die heute die Politik des Bürgertums bestimmen, die Gewerkschaften nicht sehr viel angenehmer sind wie leibhaftige Kommunisten, und daß, mit den Augen dieser Herren gesehen, auch Brandes selber unter den Sammelbegriff Bolschewismus gehört.

Nein, auch dieser Versuch einer Erklärung des Faschismus geht so wenig auf wie das Hohelied von der Demokratie. Der Faschismus ist nicht da, weil der Bolschewismus ihm den Weg bereitet hat, sondern er ist die letzte Zuflucht eines im Abstieg begriffenen, auf dem Privateigentum beruhenden Wirtschaftssystems. Je offenkundiger dies sich in einen Widerspruch zu den Interessen der breiten Massen setzt und setzen muß, je dünner darum die Schicht der Menschen wird, die an seiner Erhaltung mittelbar interessiert sind, desto größer die Notwendigkeit, sich eine besondere Schutzgarde zu schaffen. Auch für „Demokratie" ist in dieser Entwicklungsphase kein Platz mehr. Abgesehen davon, daß deren Bedeutung sehr zweifelhaft ist, solange sie nicht von der Macht des Privateigentums losgelöst ist, zwingt sein eigenes Interesse den Kapitalismus auch zur Abschaffung dieser beschränkten demokratischen Rechte, da er anders damit rechnen müßte, daß die Massen gegen ihn votierten. Andererseits — dies zeigt sich besonders sichtbar in Deutschland — bedarf das kapitalistische System in dieser Phase, noch dazu im Stadium einer schweren Krise, unbedingt der Krücken des Staates. Dementsprechend wächst wieder dessen wirtschaftliche Macht, und um so mehr muß die herrschende Klasse darauf achten, daß sie im uneingeschränkten Besitz der Herrschaft über diesen Staat bleibt.

Daß sich der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse auf demokratischem Boden vollziehe, ist darum ein schöner Wunsch, der wie vieles andere vom Bürgertum eben nicht respektiert wird. Das ist der Tatbestand, mit dem die Arbeiterklasse darum jetzt zu rechnen hat. Alles andere führt am Kern der Probleme vorbei. Welch andere Geburtshelfer als die Demokratie es für die Freiheit der Arbeiterklasse noch gibt, das hat — wenn auch ungenügend und unbefriedigend im Ergebnis — der 9. November 1918 gezeigt. E. W.

Presse zur Kanzlerrede

Industrie- und Handelskapital zufrieden — Mittel- und Rechtsparteien bedenklich — SPD und Gewerkschaften scharf dagegen

Es ist bezeichnend, daß das Papenprogramm nur in der bürgerlich-demokratischen Presse und bei den sogenannten „Wirtschaftsführern" fast ungeteilten Beifall findet. Die Nazipresse kündigt „scharfe Opposition" an und wendet sich mit demagogischer „Empörung" gegen die Zerschlagung des Tarifrechtes. Auch die deutschnationale Presse ist nicht ganz zufrieden, das Programm ist ihr zu wenig agrarisch. Das Zentrum macht hauptsächlich Verfassungsbedenken geltend. Daß die KPD, wie auch die SPD-Presse und die Gewerkschaften ablehnen, ist selbstverständlich.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt unter der bezeichnenden Ueberschrift:

„Gegen Hitler — für den Rechtsstaat" (!!) Alles, was recht ist: die mit Spannung erwartete Rede des Reichskanzlers von Papen ist in vieler Hinsicht eine angenehme Enttäuschung. Wir stellen das gerne fest, ohne in der Lage zu sein, die großen Reserven aufzugeben, die wir aus vielen Gründen dieser Regierung entgegenbringen.

Freilich: Wie die Regierung ihren aufs neue bekundeten Willen, die Macht in der Hand zu behalten, durchsetzen will, ohne auf der einen Seite die Grundgesetze der Verfassung zu verletzen, die zu respektieren der Kanzler erneut versprochen hat, und ohne auf der anderen Seite das Volk von einer Wahl zur anderen zu hetzen, das hat Herr von Papen in Münster nicht verraten.

Das „Hamburger Fremdenblatt" hat bei der Hamburgischen Wirtschaft eine Umfrage über die Beurteilung des Systems der Steueranrechnungsscheine veranstaltet: „Die Bankkreise, die befragt wurden, finden die Absichten der Reichsregierung im ganzen gesehen nicht unglücklich. Grundsätzlich glaubt man, keine besonderen Gefahren sehen zu müssen, soweit die Projekte auf die Reichsbank zurückwirken.

Auch in Schiffahrtskreisen ist die Einstellung zu dem neuen Wirtschaftskurs überwiegend positiv. Von unmittelbarem Vorteil für die Reedereien ist eigentlich nur die Auflockerung der Tarifverträge, die durchweg begrüßt, verschiedentlich aber noch als zu gering bezeichnet wird.

In Exportkreisen ist der allgemeine Eindruck der Ausführungen des Reichskanzlers über die künftige Handelspolitik sehr günstig."

Die „Kölnische Zeitung": „Die Rede war eine Kampfrede von großer Eindringlichkeit und Schärfe, eine Kampfrede gegen den Reichstag und gegen die Parteien, besonders gegen die Nationalsozialisten. Die Heranziehung der Nationalsozialisten zur positiven Mitarbeit scheint der Reichskanzler nach den letzten Erfahrungen vorläufig als unerfüllbar anzusehen, denn sonst könnte er die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum, die doch dem Zweck dienen, die Nationalsozialisten zur verantwortlichen Mitarbeit im Staat zu bringen, nicht als „taktisches Kulissenspiel" abtun."

Das maßgebende Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung" schreibt: „Ohne Zweifel werden viele Besorgnisse zerstreut werden, und wir möchten glauben, daß bei planvoller Zusammenarbeit manches Gedeihliche aus dem Programm erwächst. Wir freuen uns über die Betonung des Gedankens der christlich-konservativen Staatsgesinnung. Die Rede war gekennzeichnet durch den Anschein, als habe der Kanzler geringe Achtung vor den Parteien und als ob der Reichstag schon nicht mehr vorhanden sei. Die deutsche Innenpolitik tritt auf alle Fälle in ein bemerkenswertes Stadium ein."

Für „Nationalen Burgfrieden"

Das fast ganz nationalsozialistische Organ des Bankenkapitals, die „Börsen-Zeitung", schreibt:

„Die Idee dieses Programms ist ja in der Tat der Kern des nationalen Gedankens überhaupt: die Ueberwindung des Marxismus, die Absage an das erst kürzlich veröffentlichte sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm, der Aufbau einer nationalen Wirtschaft. Es wird schwer sein, einem solchen Programm ein anderes, das innerhalb der Grenzen der Erfüllbarkeit liegt, entgegenzusetzen. Da die Gemeinschaftlichkeit des Gedankens, der sowohl die nationale Bewegung als auch die Regierung beherrscht, nicht hinwegzuleugnen ist, würden wir es als ein Zeichen der Vernunft und des wahren Nationalbewußtseins ansprechen, wenn zunächst einmal die bisherigen Angreifer sich zu einem Burgfriedens verstehen könnten."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung": „Die Millionen, die am Sonntag am Rundfunk die Rede des Reichskanzlers in Münster hörten, werden vor allem den Eindruck des energischen Willens zur Tat gehabt haben."

Die Kurse steigen

Berlin, 29. August.

Die Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung in der Rundfunkrede des Reichskanzlers hat die schon am Sonnabend recht hoch gespannten Hoffnungen der Börse noch übertroffen. Bei außerordentlich lebhaftem Geschäft — auch das Ausland hatte Kaufaufträge gegeben — lagen die Kurse anfangs bis zu 3 Prozent höher; vereinzelt waren noch wesentlich größere Besserungen festzustellen. Bei mehreren Werten, darunter bei der AEG, waren zunächst überhaupt nur Plus-Zeichen erschienen.

Das ist die klarste Beurteilung des Charakters der Kanzlerrede. Milliardengeschenke an das Kapital, neue Unterdrückungs- und Lohnabbaumaßnahmen gegen das Proletariat! Da winkt neuer Profit.

Die ausländische Presse

bespricht die Papenrede und das „neue" Wirtschaftsprogramm sehr ausführlich und beurteilt es selbstverständlich nach Parteirichtungen verschieden. Doch fast einheitlich wird der scharfen Note in der Rede Papens gegen Hitler große Bedeutung beigemessen.

Hindenburg deckt Papen

WTB. Berlin, 30. August.

Die Besprechungen in Neudeck. — Völlige Uebereinstimmung zwischen Reichspräsidenten und Reichsregierung.

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen, den Reichsminister des Innern von Gayl und den Reichswehrminister von Schleicher zum gemeinsamen Vortrag über die schwebenden Fragen der Innenpolitik, insbesondere das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Der Herr Reichspräsident erteilte die Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten, vom Reichskanzler in einer Rede in Münster in den Grundzügen bekanntgegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Die eingehende Besprechung der innerpolitischen Lage ergab völlige Uebereinstimmung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Demnach ist die Reichstagsauflösung wohl sicher.

Eine Zentrumserklärung

Die Reichstagsfraktion des Zentrum beschloß folgende Erklärung:

„In der klaren Erkenntnis, daß jede Regierung, ohne Mehrheit und Vertrauen in der Volksvertretung zu besitzen, notwendigerweise auf eine abschüssige Bahn kommen muß, arbeitet die Zentrumspartei unbekümmert um Drohungen und Einschüchterungen ihrerseits mit an der Schaffung einer Regierung, die sich auf eine klare Mehrheit des Parlaments stützen kann und gewillt ist, mit ihm zusammen zu arbeiten, geleitet von dem Gedanken, daß es verfassungsmäßig unmöglich und für das Reich verderblich ist, eine Reichstagsauflösung nur deswegen zu befürworten und vorzubereiten, weil der gegenwärtigen Regierung die Mehrheit versagt sei."

Schwere Kämpfe in Mukden

WTB. Mukden 29. August. (Reuter.)

Starke chinesische Abteilungen unternahmen in den frühen Morgenstunden einen Angriff, der zu schweren Kämpfen in der Stadt selbst und in ihrer Umgebung führte. Tanks und alle verfügbaren japanischen Truppen, Gendarmen und Polizisten wurden eingesetzt. Angriffsziele der Chinesen waren u. a. der japanische Flugzeughafen, die Funkstation und das Arsenal. Im Arsenal und im Flughafen brachen Feuersbrünste aus. Bei Tagesanbruch war der schwere Kampf noch im Gange.

Der chinesische Außenminister gegen Japan

Nanking, 29. August.

WTB. In einer ausführlichen Erklärung nimmt der chinesische Außenminister Lowenkan zu den kürzlich vom Grafen Utschida in Tokio gemachten Ausführungen über die japanische Politik in der Mandschurei Stellung. Der chinesische Außenminister erklärt, es werde in der Mandschurei keinen Frieden und keinen Wohlstand geben, so lange nicht alle japanischen Truppen zurückgezogen seien. Zu dem Beschluß Japans, den mandschurischen Staat anzuerkennen und eine Armee in der Mandschurei zu belassen, erklärt er, erstens hänge von Japan allein die Wiederherstellung und Verbesserung der chinesisch-japanischen Beziehungen ab; zweitens werde China niemals einen Fuß breit Boden oder irgend ein Souveränitätsrecht unter bewaffnetem Zwang abtreten. Es sei entschlossen, diesem Zwang mit allen Kräften zu widerstehen; drittens werde China niemals einer Lösung der gegenwärtigen Lage zustimmen, die den künstlichen Mandschukuo-Staat berücksichtige. Der chinesische Außenminister betont, es habe nie eine separatistische Bewegung innerhalb der Mandschurei, sondern nur eine imperialistische agressive Bewegung von außen gegeben.

Eine japanische Aktion in Amerika

Tokio, 28. August.

Die japanische Regierung hat beschlossen, den General Kichisaburo Nomura nach Washington zu einer „Mission des guten Willens" zu entsenden. Man hofft, daß es Nomura, der bekanntlich während der chinesisch-japanischen Streitigkeiten die dritte japanische Flotte kommandierte, gelingen wird, die amerikanischen Besorgnisse wegen der japanischen Politik zu zerstreuen.

Chinesische Meuterei auf einem englischen Schiff

London, 28. August.

CNB. Reuter meldet aus Neapel, daß auf dem dort vor Anker liegenden englischen Schiff „Haliotis" eine Meuterei ausgebrochen sei. Der Kapitän hätte dem chinesischen Steuermann Vorhaltungen gemacht, worauf dieser tätlich wurde und seinem Vorgesetzten schwere Bißwunden beibrachte. Als es den anderen Offizieren endlich gelang, den wütenden Chinesen von dem Kapitän zu trennen, hatte dieser die übrige aus 26 Chinesen bestehende Mannschaft zu Hilfe gerufen, die sich mit Messern und anderen Waffen auf die Offiziere stürzte. Diese verteidigten sich mit Revolvern so gut sie konnten. Der bald darauf erscheinenden italienischen Miliz gelang es dann, die Meuternden in mehrere Kabinen einzusperren.

Parteitag der Unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands

Amsterdam, 28. August.

Gestern begann hier unter großer Beteiligung der holländischen Arbeiterschaft der erste Parteitag der vor fünf Monaten gegründeten Unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands. Delegierte aus allen Landesteilen füllen den mit vielen roten Fahnen geschmückten Saal, die Tribünen sind mit Gästen eng besetzt. Als Vertreter der internationalen Bruderparteien sind die Genossen Fenner Brockway und Taton (ILP), Kruk (Unabhängige Sozialistische Polens), Finn Moe (Norwegen) und für die SAP Genosse Rosenfeld anwesend.

In seiner Eröffnungsrede geht der Vorsitzende, Genosse de Kadt, auf die Entstehung der Partei, auf ihre Entwicklung vom linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei Hollands zur selbständigen revolutionären Partei ein und umreißt die nächsten politischen Aufgaben des Linkssozialismus in der Welt. Ihm folgt Genosse Paton, der als Vertreter aller ausländischen Genossen die Grüße der revolutionären Arbeiterschaft seines Landes überbringt.

In einem zweieinhalbstündigen Referat spricht Genosse Peter Schmidt über die

Aufgaben der Partei in der Krise

und gibt zugleich die Grundlagen für die Diskussion über das Aktionsprogramm und die Prinzipienerklärung der Partei. Ausgehend von einer tiefgründigen Analyse der Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf die Arbeiterklasse bewies er, daß der Sozialismus zur Tagesaufgabe geworden ist. Schmidts Referat wird immer wieder von stürmischen Beifallskundgebungen der Delegierten und Tribünenbesucher unterbrochen.

Die Diskussion über das Referat findet morgen statt.

Vom Januar zum Juni

Sechs Monate Krise in Schlesien

Breslau, 30. August.

Die Krise hat im Reichsmaßstab und im allgemeinen gesehen mit unverminderter Intensität auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres angehalten. Schlesien ist, wie schon seit Jahren, in ganz besonderem Maße von dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang betroffen worden. Das zeigt wiederum für das letzte halbe Jahr die neueste Statistik.

Die Arbeitslosigkeit

Auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich nur eine geringe Entlastung, die zum größten Teil auf die Frühjahrsbelebung im ersten Viertel des Jahres zurückzuführen war.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes ist hinter der des vorigen Jahres erheblich zurückgeblieben. Während von 1000 Einwohnern in Niederschlesien im Juni 1931 70,0 arbeitslose Arbeitsuchende waren, hat sich diese Zahl im Juni 1932 auf 95,7 erhöht, so daß die Abnahme von Februar bis Juni in diesem Jahr nur 18,6 gegen 25,3 im Vorjahr betrug. Nur in der niederschlesischen Landwirtschaft hat sich eine starke saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes gezeigt, die mit ihrer 44prozentigen Abnahme der Arbeitslosenzahl sogar um 11% über dem Reichsdurchschnitt liegt.

Die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen ist, wie die folgende Statistik zeigt, gestiegen:

Auf 1000 Einwohner im				
Januar	31:	191,89	32:	33,89
Februar	31:	20,35	32:	36,75
März	31:	20,95	32:	39,42
April	31:	21,98	32:	41,03
Mai	31:	21,48	32:	41,96
Juni	31:	21,71	32:	41,83

Obwohl diese Steigerung um 18,04 pro 1000 Einwohner in Schlesien noch um 0,51 hinter der durchschnittlichen preußischen Zunahme zurückbleibt, liegen in Niederschlesien eine größere Zahl von Stadt- und Landkreisen beträchtlich sowohl über niederschlesischen, als auch der preußischen und Reichsdurchschnittszahl. So kamen Ende Juni in Breslau (Stadtkreis) auf 1000 Einwohner 77 Wohlfahrtserwerbslose. Damit liegt Breslau auch noch erheblich über dem Reichsdurchschnitt der deutschen Großstädte über 100 000 Einwohner, der etwa 63 Wohlfahrtserwerbslose auf das 1000 der Bevölkerung vorsieht.

Am größten war im Monat Juni die Zahl der Erwerbslosen in Niederschlesien zweifellos im Landeshuter Kreis in Dittersbach, wo auf 1000 Einwohner 250 Wohlfahrtserwerbslose kamen 90 bis 113 Wohlfahrtsunterstützte pro 1000 wurden in folgenden niederschlesischen Orten gezählt: in Siegersdorf, Kreis Bunzlau, 126, in Rauscha, Kreis Görlitz, 95, in Dubring, Kreis Hoyerswerda, 90, in Hausdorf, Kreis Neurode, 113, in Häslicht, Kreis Striegau, 100 und in Polsnitz, Kreis Waldenburg, 103. Die Lokalisierung dieser Zahlen weist bereits auf die Lage der einzelnen Industriezweige im niederschlesischen Gebiet hin.

So weisen die hohen Unterstützten zahlen aus den Gegenden, in denen das Spinnstoffgewerbe heimisch ist, auf die katastrophale Lage der schlesischen Textilindustrie hin. Trotz des allgemeinen, wenn auch geringen Rückganges der Arbeitslosigkeit ist in der Zeit von Februar bis Juni 1932 die Arbeitslosigkeit im schlesischen Spinnstoffgewerbe fast um 1% gestiegen. Die Textilindustrie weist auch mit 9 vollständigen und 34 teilweisen Betriebsstillegungen eine Höchstzahl unter den gemeldeten Stillegungen für Schlesien auf.

Bergbau

In der Berichtszeit ist auch die Steinkohlenförderung in Niederschlesien um 8%, der Steinkohlenabsatz sogar um 8,9% zurückgegangen. Auch die Braunkohlenförderung, die im allgemeinen besser als die Steinkohlenförderung liegt, ist um 9,2%, der Gesamtabsatz sogar um 22,3% zurückgegangen.

Die Ein- und Ausladungen in den vier städtischen Häfen und im Hafen Maltsch sind gleichfalls in der Zeit von Januar bis Juni erheblich zurückgegangen.

Ausladungen 1. Halbjahr	1931:	58 712 t
Einladungen	1931:	314 832 t
Ausladungen 1. Halbjahr	1932:	57 461 t
Einladungen	1932:	175 574 t

Aus diesen Zahlen ergibt sich ein Rückgang der Ausladungen um 2,1%, während die Einladungen um 44,2% — also recht erheblich vermindert — wurden.

Rückgang der Produktion

Ende Juni waren im Bereich des Arbeitsamtes Schlesien nur noch 23,3% der Mitglieder des „Deutschen Baugewerksbundes" beschäftigt. Wenn auch besonders in den Städten ein erheblicher Bedarf an kleinen Wohnungen vorhanden ist, so zeigt sich dennoch, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, ein erheblicher Rückgang der Bautätigkeit. 847 Neubauwohnungen weniger als im Vorjahr wurden vollendet, 1088 weniger als 1931 wurden in Bau genommen, für 735 weniger als 1931 wurde die Bauerlaubnis erteilt. Für die starke Nachfrage nach kleinen Wohnungen, die unvermindert anhält, sprechen die erheblich gestiegenen Zahlen der durch Umbau, Anbau oder Aufstockung gewonnenen Wohnungen. Bis zum Juni wurden 673 solcher Umbauwohnungen gegenüber nur 218 im vorigen Jahr vollendet, während für weitere 535 die Bauerlaubnis erteilt wurde. Gewerbliche Neu- und Erweiterungsbauten sind nur in ganz geringem Ausmaß durchgeführt oder in Aussicht genommen worden.

Wie der Rückgang der hauptsächlichen Produktionszweige schon vermuten läßt, ist auch die Menge des abgegebenen elektrischen Stroms gesunken. Die abgegebene Strommenge zeigte ein Defizit gegenüber dem Vorjahr von 11%, während die Stromerzeugung der 10 niederschlesischen Elektrizitätswerke sogar um 16,3% nachließ.

Die Zahl der eröffneten und mangels Masse abgelehnten Konkurse im ersten Halbjahr 1932 liegt noch immer mit dem auf das Jahr 1927 bezogenen Reichsdurchschnitt verglichen, über durchschnittlicher Höhe. Trotzdem ließ sich in der Berichtszeit eine absteigende Tendenz der Konkurszahlen wie im ganzen Reich auch in Niederschlesien feststellen. Daraus läßt sich jedoch nicht auf das Ende der tatsächlichen Insolvenzwelle in der schlesischen Wirtschaft schließen.

„Dieses Abflauen der Insolvenzwelle kann höchstens dahin gedeutet werden, daß der an sich andauernde Liquidationsprozeß in manchen Teilen der Wirtschaft, z. T. durch saisonmäßige Einflüsse, etwas mildere Formen angenommen hat, indem auch, unter dem Druck der Verhältnisse, sowohl Bank als Warenkredite, selbst bei Überfälligkeit, zu einem Teil nicht mehr zwangsweise beigetrieben werden."

Den Ausführungen des amtlichen Berichtes bleibt noch hinzuzufügen, daß diese Milde aus den erheblichen Konkursverlusten bestimmter Kreise der deutschen Bourgeoisie im vergangenen Jahr entsprungen ist. Da sich die Durchschnittsquote in Deutschland auf etwa 18,8% stellte, ist die im letzten Halbjahr unter den Industriewölfen plötzlich ausgebrochene Milde verständlich und als ein weiteres Krisensymptom zu registrieren.

Wieder sind es — trotz der gegenwärtigen Verminderung der Anzahl der Konkurse — das Kleinbürgertum, welches das Hauptkontingent der fallierten Unternehmungen stellte. Von 199 beantragten Konkursen im Handelsgewerbe entfallen 169 auf den Einzelhandel, auf den Großhandel 30. Die Enteignung des Mittelstandes durch die Großbourgeoisie setzt sich trotz der „milden Praxis" unentwegt fort.

Rückgang der Umsätze

Sowohl im Gesamtbild der Krise als auch im Zusammenhang mit der Insolvenz des Breslauer Konsum-Vereins „Vorwärts" sind die Angaben über den im Durchschnitt in den letzten sechs Monaten monatlich getätigten Umsatz der Mitglieder der schlesischen Konsumvereine interessant. Während im Reichsdurchschnitt pro Mitglied und Monat 24.04 RM. umgesetzt werden konnten, wurde in Schlesien nur noch ein Monatsumsatz von 20.76 RM. erreicht. Das kommt einem Rückgang von durchschnittlich 23,9%, gleich (Rückgang im Reichsdurchschnitt 21,9%). In diesem enormen Rückgang der Umsätze kommt der in Wirklichkeit noch viel erheblichere Kaufkraftrückgang der breiten Massen einmal plastisch zum Ausdruck, der nicht zuletzt seine Ursache in der verderblichen Lohnpolitik der deutschen Unternehmerklasse hat.

Entsprechend dem Rückgang des Einkommens der proletarischen und kleinbürgerlichen Massen durch Lohnabbau, heimliche und öffentliche Arbeitslosigkeit, sind im ersten Halbjahr des Jahres 1932 auch die durchschnittlichen Sparkasseneinlagen pro Kopf der Bevölkerung berechnet zurückgegangen. Während theoretisch 1931 auf jeden Einwohner Schlesiens 128.9 RM. Sparkasseneinlage entfielen, konnten in diesem Jahr nur noch 119.4 RM. gespart werden.

Wie schon seit langem, sind auch im letzten halben Jahr die Steuereinnahmen aus Besitz- und Verkehrssteuern weiter gefallen.

Damit rundet sich das Bild der Krise im Zeitraum von Januar 1932 bis Juni 1932. „Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr erträglich mit der Gesellschaft." (Marx.)

Sondergerichte in Schlesien

Breslau. Zwei Reichsbannerkameraden wurden zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie einen Nazi, der in Ransern während einer Funktionärversammlung des Reichsbanners vor dem Versammlungslokal einen Schuß abgegeben hatte, nach Waffen durchsuchten. Wie Zeugen aussagten, hatten sie gesehen, wie der Nazi, der übrigens nicht auf der Anklagebank saß, eine Pistole wegwarf, die schnell von dessen Mutter aufgenommen wurde.

Der Maschinentechniker Richard Koschel wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich bei Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, bei denen ein Nazi verletzt wurde, zugegen gewesen sein soll.

Der Arbeiter Paul Schmidt wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich von einem berittenen Schupo nicht überreiten lassen wollte und dem Pferd in die Zügel gefallen war.

Neisse. Das Sondergericht verurteilte die Arbeiterin Kuttke wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, vorsätzlicher Körperverletzung und Aufruhrs zu 7 Monaten Gefängnis, die Arbeiter Schubert, Goltsche und Ullmann wegen Aufruhrs zu 6 Monaten Gefängnis, den Arbeiter Kutschmann wegen Aufruhrs zu 8 Monaten Gefängnis, Ernst Schramm wegen Aufruhrs zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis, Bruno Schramm wegen Aufruhrs und Körperverletzung zu 1 Jahr 8 Monaten und 2 Wochen Gefängnis, Max Schramm zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Die Verurteilten waren bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten verhaftet worden. Sonderbar, daß kein Nazi auf der Anklagebank saß.

*

Die Maurer Lichthorn, Cziska und Remane wurden, weil sie „Rot Front" und „Es lebe die Freiheit" gerufen hatten und angeblich der Polizei Widerstand entgegengesetzt hatten, zu 3 Monaten und je 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

*

Görlitz. Der Glasschleifer Alfred Majerowsky wurde wegen ruhestörenden Lärms und versuchter Gefangenenbefreiung zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt . . .

Da man einen Naz., den Melker Hermann Müller, wegen einer ähnlichen Tat festgenommen und vors Sondergericht gestellt hatte, mußte man ihn zu derselben Strafe verurteilen.

Mildes Urteil gegen Nazis

Neiße. Vor dem Sondergericht hatten sich neun Personen, darunter fünf Mitglieder der NSDAP zu verantworten. Der Anklage lagen die Vorgänge in der Nacht zum 14. August in Oberglogau zu Grunde. Im Anschluß an eine Mitgliederversammlung des Reichsbanners waren Angehörige des Reichsbanners von Nationalsozialisten belästigt worden. Ein Polizeibeamter und ein Nachtwächter begleiteten darauf die Angegriffenen nach Hause. Zwei Nationalsozialisten versuchten, auf einen Reichsbannermann einzuschlagen, was von den Beamten zum größten Teil abgewehrt wurde. Als der Nachtwächter ebenfalls bedroht wurde, und die Menge der Aufforderung des Polizeibeamten, auseinanderzugehen, keine Folge leistete, ordnete der Polizeibeamte die Festnahme eines Nationalsozialisten an. Als dieser abgeführt wurde, drängte die Menge nach und der Polizeibeamte sah sich genötigt, einen Schreckschuß abzugeben. Der Staatsanwalt hielt die Hauptangeklagten der Teilnahme an einer Zusammenrottung für überführt. Er beantragte gegen den Hafenarbeiter Grzimek als den Rädelsführer eine Gesamtstrafe von zehn Jahren Zuchthaus, gegen vier weitere Angeklagte je ein Jahr Zuchthaus und in vier Fällen Freispruch. Das Gericht verneinte den Tatbestand der Zusammenrottung. Es verurteilte Grzimek wegen Auflaufs und gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis und zwei weitere Angeklagte zu je zwei Monaten Gefängnis. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Selbstmord eines Breslauer Ehepaares in Berlin

Wie seiner Zeit aus Berlin berichtet, wurde in den Morgenstunden des 15. Juli an der Hinkeldeybrücke ein Ehepaar aus dem Wasser gezogen. Die beiden Leichen waren mit einem Strick zusammengebunden.

Die Polizei stellte fest, daß es sich um den 57 Jahre alten Lagerverwalter Emmerich Wende und seine 52 Jahre alte Ehefrau Ida handelte. Wie jetzt weiter ermittelt werden konnte, war der Lagerverwalter bei einer Breslauer Firma beschäftigt und hatte Mitte Juli seinen Urlaub angetreten, der ihn nach Berlin führte.

Ueber das Motiv des Selbstmordes ist nichts bekannt. Selbst die Angehörigen wissen nicht, was das Ehepaar in den Tod getrieben hat.

O Tannenberg!

Eine Filmgroteske oder eine Groteske um einen Film? – Unvorsichtigkeiten der „Schlesischen Zeitung"

Groß aufgemacht will das nationale Deutschland — die reaktionäre Atmosphäre bringt es so mit sich — den Jahrestag der Schlacht von Tannenberg, bei der vom 23. bis 31. August 1914 Tausende und Abertausende von deutschen und russischen Proleten ihr Leben lassen mußten, feiern.

Da man schon seit langem erkannt hat, daß die Kunst eine gute Waffe im Klassenkampf und das mit zu einer der besten künstlerischen Waffen der Film gehört, hat die Praesens-Filmgesellschaft — geschäftstüchtig wie sie ist — „einen dokumentarischen Film" gedreht (Die Russen verstehen allerdings unter einem „dokumentarischen Film" etwas anderes!) Um die historische Richtigkeit der Vorgänge zu garantieren, hat man den Kriegsberichterstatter und nationalen Romanschriftsteller Paul Oskar Höcker und als militärischen Sachverständigen den Major von Viebahn verpflichtet.

An der „nationalen Zuverlässigkeit" und den „nationalen Qualitäten" des Filmes hat bisher und konnte niemand zweifeln. Krieger-Vereine, Reichswehr und sonstige nationale Verbände hatten ihre Beteiligung an der in 40 Städten Deutschlands stattfindenden Uraufführung zugesagt. Das „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht" hatte den Film als Lehrfilm anerkannt. Mackensen hatte „warmherzige Begrüßungsworte" verfaßt. Aus den Bildern der Vorreklame konnte man erkennen, daß es sich um einen von der Arbeiterschaft scharf zu bekämpfenden Film handelt, der die „nationale Größe" und das „heroische Heldentum" verherrlicht.

Plötzlich kam aber alles anders. „Maßgebende Stellen", unter denen man nur das Reichsinnenministerium vermuten kann, wandten sich gegen den Film. Die TU meldete:

„Die schauspielerische Darstellung, namentlich des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, wurde in der ursprünglichen Fassung nach Ansicht der maßgeblichen Stellen der Persönlichkeit des jetzigen Staatsoberhauptes, des Reichspräsidenten Hindenburg, durchaus nicht gerecht."

Ja, was nun?

Die Praesens-Filmgesellschaft hat — wie eine Anzahl Berliner Blätter, u. a. auch das „8-Uhr-Abendblatt" Berlin meldete, einen Projektionsapparat und einen Filmstreifen nach Neudeck geschickt, um den Tannenbergfilm dem Reichspräsidenten von Hindenburg vorzuführen. Der Reichspräsident sollte entscheiden, ob der Film aufgeführt oder nicht aufgeführt werden soll.

Daraufhin vergingen einige Tage. Jetzt wird amtlich verlautbart:

„Die Filmprüfstelle Berlin hat heute vormittag nach einer mehr als vierstündigen Verhandlung die Entscheidung über den Tannenbergfilm gefällt. Sie hat in dem Film alle Szenen verboten, in denen Generalfeldmarschall von Hindenburg erscheint, ihn im übrigen jedoch zur öffentlichen Vorführung auch für Jugendliche zugelassen. Die Kammer hat ihre Entscheidung damit begründet, daß die Darstellung des amtierenden Reichspräsidenten im Film die öffentliche Ordnung und das deutsche Ansehen gefährde sowie lebenswichtige Interessen des Staates verletze. Die Firma hat dagegen sofort Beschwerde eingelegt."

Die faschistische „Schlesische Zeitung" gerät in ihrer heutigen Morgennummer über diese Entscheidung völlig aus dem Häuschen. Sie schreibt, nachdem sie durch etliche Zeilen „Protest" verspritzt hat:

„Einstweilen hat man den Eindruck, als ob sich hier der vermuffte Sankt Bürokratius ein Stückchen geleistet hätte, für das jedes Verständnis fehlt, und als ob gewisse Stellen einmal gründlich durchgelüftet werden müßten."

Wir empfehlen der „Schlesischen Zeitung", doch unbedingt etwas vorsichtiger zu sein, denn sonst macht sie sich eines „Staatsverbrechens schuldig". Man könnte nämlich den Ausdruck vom „vermufften Sankt Bürokratius" eventuell auf den wahrscheinlichen eigentlichen Urheber dieses Verbotes anwenden.

Allem Anschein nach hat doch die Praesens-Gesellschaft den Film dem Reichspräsidenten vorgeführt, und allem Anschein nach hat die Filmprüfstelle Berlin auf dessen Gutachten hin ihr Urteil gefällt.

Darüber hinaus wundert es uns, wenn die „Schlesische Zeitung" die Beamten der Filmprüfstelle einer „vermufften Bürokratie" bezichtigt, denn gerade die Filmprüfstellen Deutschlands sind ja bereits seit geraumer Zeit (unzählige Verbote von Filmen, die in dem Verdacht revolutionärer Tendenzen stehen, beweisen es!) von Leuten besetzt, die gerade dem Gesinnungskreis der „Schlesischen Zeitung" sehr nahestehen dürften.

Da wir nicht annehmen können, daß man in diesem Film die Heldengestalt des Reichspräsidenten zu wenig verherrlicht hat, muß man sich zu der Annahme bekennen, daß hier ein „Zuviel" an Herorisierung vorliegt, die selbst dem Herrn Reichspräsidenten (falls der Film in Neudeck vorgeführt wurde!) nicht angebracht erschien.

Im übrigen interessiert uns diese Groteske um einen Film nicht weiter. Die Arbeiterschaft kann all diesen Militärfilmen gar nicht ablehnend genug gegenüberstehen.

Achtung! Achtung!

An alle Einzelbezieher der SAZ

Das Bezugsgeld für September ist fällig. Wir bitten um pünktl. Einzahlung auf das Postscheck-Konto Breslau 757 89, Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstr. 3.
Geschäftsleitung der SAZ

Brand an der Schwedenschanze

Am Spätnachmittag des vergangenen Sonnabends brannte eine unweit der Schwedenschanze gelegene Wohnbaracke völlig nieder. Aus welchen Ursachen der Brand entstanden ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Lediglich ein Teil der Einrichtungsgegenstände wurde gerettet.

Haben Sie schon Kaba getrunken?

Kaba ist nach einem alten Pflanzerrezept bereitet, schmeckt wie Trinkschokolade, ist nicht zu süß und wird deshalb auch von Herren gern getrunken. Vor allem ist Kaba nahrhaft, aber nicht stopfend. Das kleine Paket für 30, das große für 60 Pfg. ist überall zu haben. Für Kinder gibt es nichts Besseres als Kaba.

„Er sucht auf seiner Lagerstatt die Ruhe, die er nötig hat"

sagt Wilh. Busch. Aber mancher sucht vergebens, wenn er abends Kaffee getrunken hat und die Coffeinwirkung Nerven und Geist nicht zur Ruhe kommen läßt. Kaffee Hag dagegen kann niemals Schlafstörungen oder andere Beschwerden hervorrufen. Hag ist coffeinfrei und daher vollkommen unschädlich.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund „Solidarität" Ortsgruppe Brockau-Tschansch

Am Sonntag, den 28. 8. veranstaltete unsere Ortsgruppe eine Zuverlässigkeitsfahrt, für die Fahrer der A-Klasse auf der Strecke Breslau—Kattern—Bismarckfeld—Wurben—Ohlau—Radwanitz, für die Fahrer der Jugend und Altersklasse auf der Strecke Breslau—Kattern—Zottwitz—Marzdorf — Radwanitz. Start und Ziel war für alle Klassen Ohlauer Chaussee km 7,5. Am Start stellten sich 14 Fahrer und die Strecken wurden in einer guten Zeit gefahren. In der A-Klasse ging Sportsgenosse Kiefer-Tschansch als erster in 1,39 Std. durchs Ziel. 2. Weihe-Tschansch, 3. Hartel-Tschansch, 4. Bunke-Bernstadt, 5. Nickel-Tschansch, 6. Lontzeck-Tschansch. In der Jugendklasse als 1. Sportsgenosse Sucker-Tschansch in 59 Min. 45 Sek., 2. Kaschner-Tschansch, 3. Kipke-Tschansch, 4. Pule-Breslau, 5. Handke-Breslau. In der Altersklasse 1. Sportsgenosse Ludwig-Breslau in 1,5,50 Std., 2. Dzial-Tschansch. Sportsgenosse Pfitzner-Breslau mußte wegen schwerem Sturz aufgeben. Allen Mitarbeitern sowie den Arbeiter-Samaritern sei hierdurch bestens gedankt.

Arbeiter-Samariter-Bund E. V., Kolonne Groß Breslau. Achtung Frauen! Heute, Dienstag, Frauenabend im Gewerkschaftshaus Zimmer 17. Alles erscheint.

Wohin?

Stadttheater (Opernhaus). Donnerstag, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. D 1), Eröffnungsvorstellung der neuen Spielzeit, in vollständiger Neuinszenierung „Der Freischütz" romantische Oper von Weber. Freitag, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. C 1), Heubergers Operette „Der Opernball". Die Neuinszenierung dieses Werkes stammt von Werner Jacob. Die musikalische Leitung hat Hermann Wetzlar. Bühnenbilder: Prof. Hans Wildermann. Sonnabend, 20 Uhr (Abonn.-Vorst. G 1), „Macbeth".

Lobetheater. Gustav Freytag's Lustspiel „Die Journalisten" gelangt Sonnabend, den 3. September, 20.15 Uhr als Eröffnungsvorstellung der neuen Spielzeit in der Inszenierung des neu verpflichteten Spielleiters Hermann Schultze-Griesheim zur Erstaufführung. Der Vorverkauf hat an der Theaterkasse, bei Barasch, Ring, und Wertheim, Tauentzienplatz, begonnen.

Gerhart-Hauptmann-Theater. Die für die ausverkaufte Eröffnungsvorstellung (Beginn ausnahmsweise 19.30 Uhr) des neuen Hauses reservierten Karten liegen an der Theaterkasse zur Abholung bereit. Für die Sonntag, 20.15 Uhr, stattfindende erste Wiederholung von „Und Pippa tanzt" (Inszenierung: Paul Barnay).

Organisations-Nachrichten

SJV Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Monistische Jugend (Zentral, Grünstr. 14/16) Heut, 19.30 Uhr, Außerordentliche Mitgliederversammlung. Waldenburg-Besprechung. Volksbühne anmelden. Letzter Tag.

Wochenplan der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau vom 28. August bis 4. September

Zentrale Mitteilungen

Zwecks Herausgabe eines Arbeitsblattes ist die Mitarbeit aller Helfer notwendig. Darum sind Beiträge für die erste Nummer bis 1. September an Willi pünktlich zu senden.

Achtung, Eltern und Helfer. Alles erscheint am Donnerstag, den 1. 9., zur Elternmitgliederversammlung der Ortsgruppe um 20 Uhr in der Monistischen Gemeinde, Grünstr. Alle Eltern nehmen bestimmt daran teil; grüne Mitgliedskarte ist als Ausweis bestimmt mitzubringen. Auch Abzüge von den in Ferienaufenthalten gemachten Photoaufnahmen bitten wir zur Ansicht mitzubringen.

Achtung, Helfer! Freitag finden die Altersstufenhelfersitzungen statt, und zwar für Nestfalken im Heim Gräbschen, Jungfalken im Heim Scheitnig. Jeder Helfer ist besonders hiermit aufmerksam gemacht, daß der Besuch der Schulungsabende für die praktische Arbeit unerläßlich ist.

Achtung, Falken, Helfer und Eltern! Sonntag, den 4. 9., findet unser Sommerabschluß, der zugleich auch ein Werbetreffen ist, am Lohewäldchen, Nähe Klein Mochbern statt. Alle Falken und befreundete Arbeiterkinder sollen recht zahlreich erscheinen. Auch die Eltern sollen bestimmt uns am Nachmittag besuchen, da, ehe der Sommer zur Neige geht, alle Mitglieder der Bewegung zu freudigem Spiel vereinigt sind. Bringt auch Bekannte und Gesinnungsfreunde mit.

KABA das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk

jetzt billiger: Das Paket 30 u. 60 Pfg.

zu haben bei

Wilhelm Kupczyk
Schleswerderstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

Abteilung 1, Ohlauer Tor
hat den Wochenplan nicht abgeliefert.

Abteilung 2, Scheitnig
Dienstag, 15 Uhr: Jungfalken nach dem Poseidonbad. Treffen Brausebad. 5 Pfg. mitbringen.
Mittwoch, 17 Uhr: Rotfalken im Heim, Liedernachm.
Donnerstag, 17 Uhr: Alle Falken, Wiese.
Sonntag, 7.30 Uhr: Alle Falken, Eltern und Gäste beteiligen sich an dem Abschlußtreffen auf der Lohewiese.

Abteilung 3, Odertor, Sandtor
Dienstag, 17 Uhr: Jungfalken I und II im Heim.
Mittwoch, 15 Uhr: Nestfalken I im Heim.
Mittwoch, 17 Uhr: Rotfalken I und II im Heim.
Donnerstag, 16 Uhr: Alle Jung- und Rotfalken auf der Bauschulwiese.
Freitag, 17 Uhr: Nestfalken II im Heim.
Freitag, 17 Uhr: Spielmannzug mit allen Instrumenten im Heim.

Abteilung 4, Nikolaitor
Dienstag, 16 Uhr: Alle Falken Westpark, Baden, Sachen mitbringen.
Mittwoch, 16.30 Uhr: Westpark, Sport und Spiel, Rotfalken, Nestfalken I und II. Aufstellung des Monatsprogramms und Spiele.
Mittwoch, 16.30 Uhr: Jungfalken, Arbeitsgem. Zeitgem. Thema.
Donnerstag, 16.30 Uhr, Jungfalken. Wiesennachm.
Sonnabend, 17 Uhr: Nestfalken I und II, Tanz.
Sonntag: Alle Falken und Eltern, Beteiligung am Sommerabschlußtreffen der Ortsgr. Treffpunkt in der Gruppe.

Abteilung 5, Gräbschen
Dienstag, 16.30 Uhr: Am Heim, Nest-, Jung- und Rotfalken, Sportplatz.
Donnerstag, 16.30 Uhr: Am Heim, Nest-, Jung- und Rotfalken, Lindenwiese.
Sonntag, 8 Uhr: Am Heim, Nest-, Jung- und Rotfalken zum Sommerabschlußtreffen der Ortsgruppe.

Abteilung 6, Strehlener Tor
Achtung, Eltern! Wir bitten euch, darauf zu achten, daß die Falken die Gruppe pünktlich und regelmäßig besuchen.
Dienstag, 17 Uhr: Im Heim, Nestfalken, Musik und Spiele.
Mittwoch, 17 Uhr: Im Heim, Jungfalken, Arbeitsgemeinschaft.
Donnerstag, 17 Uhr, im Heim, Rotfalken, wichtige Zusammenkunft.
Freitag: Nestfalken, Wiese.
Sonntag: Falken- und Eltern beteiligen sich am Ortsgruppentreffen.

Abteilung 7, Innere Stadt
Donnerstag, 16 Uhr: Neumarkt, Jung- und Rotfalken, Bauschulwiese.
Donnerstag, 17 Uhr: Nestfalken, Unterhalt. im Heim, Lustiges Allerlei.
Donnerstag, 20 Uhr, Eltern in der Monistischen Gemeinde.
Sonntag: 7 Uhr: Neumarkt, Ortsgruppentreffen, nachmittags kommen alle Eltern nach.

Abteilung 8, Zimpel
Mittwoch, 16 Uhr: Rot- und Jungfalken an der Friedrich-Ebert-Schule.
Donnerstag, 16 Uhr: Nestfalken an der Friedrich-Ebert-Straße.

Abteilung 9, Dürrgoy
Mittwoch, 17 Uhr: Nestfalken am Mühlberg, Neckspiele.
Donnerstag, 17 Uhr: Heim, Probe aller Falken, alles ist da, Texte lernen.
Freitag, 17 Uhr: Rot- und Jungfalken Baden.
Sonntag, 7 Uhr: Alle Falken zum Ortsgruppentreffen, Eltern kommen nach.

Abteilung 10, Stabelwitz
Donnerstag, 17 Uhr: Alle Falken auf dem Sportplatz Stabelwitz.

Abteilung 11, Pöpelwitz
Gruppennachm. zu denselben Zeiten und Ort wie bisher.

Gewerkschaftsnachrichten

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

Dienstag den 30. d. Mts., 19.30 Uhr kl. Saal Gewerkschaftshaus, Quartalsversammlung. Erscheinen ist Pflicht! Mitgliedsbuch als Ausweis.

Die Ortsverwaltung

STADTTHEATER
Eröffnung d. Spielzeit 1932/33
Donnerstag 20—gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. D 1
in vollständig. Neuinszenierung
Der Freischütz
Freitag, 20 — gegen 22,45 Uhr Abonn.-Vorst. C 1
in vollständig. Neuinszenierung
Der Opernball
Sonnabend, 20 — gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. G 1
Macbeth

LOBETHEATER
Sonnabend, 3. Sept. 20.15 (u. tgl.)
Zum 1. Male!
Die Journalisten
Lustspiel von Gustav Freytag
Eröffnungs-Vorstellung des Gerhart-Hauptmann-Theaters
Sonnabend, 3. Sept. 19.30 (u. tgl. 20.15)
in Anwesenheit des Dichters
Zum 1. Male!
Und Pippa tanzt
Glashüttenmärchen von Gerhart Hauptmann

KAFFEE HAG SCHONT

IHR HERZ
Stets frisch zu haben bei
Josef Thomas
Inh.: Johannes Helbig
Mauritius-Platz 1/2
Edeka - Geschäft
Kolonialwaren/Feinkost

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weidend 3422
Mittwoch, 31. August 8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Mittwoch, 31. August 5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsluft

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau. Inserate Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,90 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Wo decke ich meinen Bedarf?

möbel preiswert im möbelhaus das heim königsplatz 4

Eis-Vater
Breslau, Posener Straße 34

WESTEN

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. – Tel. 252 21

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Obst • Gemüse • Kolonialwaren
Erich Völkel, Borgstraße 30

Kolonialwaren **Karl Bothur**
Posener Straße 13 Tel. [illegible]

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Internationales sozialistisches Meeting in Amsterdam

Ein Wochenende der Kampfgelöbnisse in Amsterdam

Die Unabhängige sozialistische Partei Hollands hatte als Auftakt zu ihrem Parteitag für Samstag abend zu einem internationalen Meeting im Koncertg bouw gerufen. Schon lange vor Beginn erscholl immer wieder von der begeisterten tausendköpfigen Menge der Gesang der Internationale. Dann eröffnete Genosse K. de Kadt, der Vorsitzende der Unabhängigen sozialistischen Partei Hollands, die Versammlung. Genosse de Kadt sagt, die Jahre 1914 bis 1918 haben den völligen Zusammenbruch der 2. Internationale gebracht. Eine neue Internationale der Tat müssen wir schaffen, die frei von reformistischen Illusionen ist. Ihr Ausgang liegt in jedem einzelnen Lande, wo die sozialistischen Parteien unabhängig von ultralinker Beeinflussung die Brücken zu den jenseits der Grenzen kämpfenden Klassengenossen schlagen müssen.

Der Vorsitzende der

Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Genosse Fenner Brookway,

weist auf die durch die englische Weltherrschaft gegebene internationale Einstellung des englischen Volkes hin. Aber es ist die Gesinnung, die mit der Fuchtel des Imperialismus gelbe, schwarze und weiße Volkstämme zu Sklaven weniger Beherrscher gemacht hat. Dieser an der Arbeiterschaft verbrecherische Internationalismus muß in den befreienden Internationalismus der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft umgewandelt werden.

Das ist die vornehmste Aufgabe, die sich die ILP gestellt hat. Sie wird sie erfüllen trotz Lügen- und Täuschungsmanöver der reformistischen Führerschaft. Das Bewußtsein, eins zu sein mit den Klassengenossen jenseits unserer Grenze, im Vertrauen an unsere Kraft werden wir an die Erfüllung unserer großen Aufgabe gehen. Fenner Brookway endigt mit einem Appell an die Jüngeren, sie mögen stolz sein, in einer Zeit zu leben, in der sie hervorragenden Anteil daran haben, mitzuarbeiten an dem Werk, das in der Geschichte der Menschheit einst als völkerbefreiendes Fanal eingehen wird.

Für die sozialistische Partei Norwegens trat Finn Moe

auf, der die Grüße der norwegischen Arbeiterschaft überbrachte, der es gelungen ist, sich von dem Irrwahn reformistischer Gedankengänge frei zu halten. Deshalb schied sie 1923 aus der 2. Internationale aus. Die Sozialisten aller Länder müssen für die Wiederaufrichtung des alten Marxschen Grundsatzes kämpfen, daß nicht durch Verhandlungen und Koalitionen mit dem Klassengegner die Befreiung der Arbeiterschaft erfolgen kann, sondern die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir nähern uns einem Entscheidungskampf, in dem die internationale Arbeiterschaft geschlossen der Reaktion gegenüberstehen muß. Die Arbeiterschaft Norwegens steht dazu bereit, keine reformistische Parteibürokratie, keine kommunistische Sabotage kann in Norwegen die Einheit der Arbeiterschaft zerstören. Die Arbeiterschaft aller Länder muß dem Beispiel der norwegischen Arbeiter folgen, dann wird das Wort Wahrheit werden: Sozialismus nur! (Sozialismus jetzt!)

Genosse Kruk, sozialistischer Vertreter aus Polen,

warnt die Arbeiterschaft vor der Unterschätzung der faschistischen Gefahr, deren Auswirkung die verräterische Politik der Reformisten ist, und die in Polen die Arbeiterschaft an die reaktionäre Diktatur ausgeliefert hat. Was sich in Polen, in Italien und Ungarn abgespielt, kann schon in kurzer Zeit für die Arbeiterschaft anderer Länder eintreten. Schon schickt sich in Deutschland die Sozialdemokratie an, ihre Tolerierungspolitik fortzuführen und Papen zu tolerieren, um Hitler an der Macht zu hindern. Wenn die Sozialdemokratie Deutschlands diesen verhängnisvollen Weg der Kompromisse weitergeht, wird sie sich eines Tages zu Tode toleriert haben. Die Politik der Reaktion und des Faschismus führt naturnotwendig zum neuen imperialistischen Krieg. Wenn nicht eher die Arbeiterschaft den geschlossenen Kampf gegen Reaktion und Faschismus führen kann, so gilt es, bei Ausbruch eines Krieges nicht nur passiven Widerstand zu leisten, sondern die Kriegssignale müssen das Signal für die Arbeiterschaft zur Offensive gegen die kapitalistische Herrschaft werden.

Für die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands sprach Genosse Kurt Rosenfeld.

Er führt aus: Die SAP ist aufs engste ganz besonders mit der Unabhängigen Arbeiterpartei verbunden, denn ihre Entstehungsursache und ihre Veranlassung sind genau die gleiche, wie die der SAP. Wie alle revolutionären sozialistischen Parteien ist die SAP von dem glühenden Wunsche beseelt, eine Internationale zu schaffen, die nicht wie die 2. Internationale 1914 versagt, sondern die im Augenblick, wenn die Imperialisten ein neues Völkermorden zu entfachen wagen, dies zum Kampf aller Arbeiter gegen den Imperialismus umkehren müssen. Die Lage der deutschen Arbeiterschaft ist äußerst gefährlich, mit faschistischen Terrorakten soll die deutsche Arbeiterklasse desorganisiert werden. Aber wenn die deutsche Arbeiterschaft erfolgreich dagegen kämpfen will, muß sie zunächst den Widerstand der Führer brechen, denen es bisher gelungen ist, die Schaffung des einheitlichen geschlossenen Kampfblocks der Arbeiterschaft zu verhindern. Der Faschismus, der heute in Deutschland den letzten Vorstoß zu seiner Machtübernahme vollführt droht morgen schon auf die anderen Länder überzugreifen, aber wenn wir uns eins wissen und gemeinsam handeln, wird und muß der Kampf gegen ihn zum Siege des Internationalen Proletariats führen.

Wenn schon während der Ansprachen der einzelnen internationalen Vertreter brausende Hochrufe und Kampflieder die Redner unterbrachen, so steigerte sich am Ende des Meetings die Begeisterung zum nicht endenwollenden Orkan — Symbol dafür, daß die internationale Arbeiterschaft lebt und zu kämpfen bereit ist.

Epidemien in Ungarn

Budapest, 29. August.

In der Umgegend von Szegedin ist eine Kinderparalyse-Epidemie ausgebrochen. Bisher sind 12 Erkrankte festgestellt worden. Auch ein 26jähriges Mädchen ist mit Lähmungserscheinungen ins Spital eingeliefert worden. Die Oeffnung der Schulen wird voraussichtlich bis zur vollständigen Behebung der Seuche verschoben werden. Am Sonntag ist ein sechs Monate alter Säugling der gefährlichen Epidemie erlegen.

Die Bauchtyphusepidemie im Komitat Heves in der Gemeinde Paszto dauert ebenfalls an. Die Zahl der Erkrankten beträgt 58. Die Behörden haben alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.

Gleichzeitig ist auch eine Influenza-Epidemie, die allerdings nur einen leichten Charakter hat, aufgetreten. In der Stadt Debrezin sind bisher 900 leichte Influenzaerkrankungen zu verzeichnen.

Walkins, der jüngste Polarforscher, tot

Wie schon kurz gemeldet, hat der junge britische Polarforscher H. G. Watkins in Grönland einen tödlichen Unfall erlitten. Bei der großen Entfernung sieht man sich über die Einzelheit dieses Unfalles bisher nur auf spärliche Nachrichten angewiesen. Man weiß nur, daß Watkins bei der Jagd auf Seehunde in einem Kajak den Tod erlitt, da das kleine Boot kenterte und sein Insasse ertrank. Watkins war der Führer einer Expedition, die sich die Aufgabe gestellt hatte, die Möglichkeiten eines Flugzeugdienstes nach Kanada via Grönland zu untersuchen, eine Route, die die Überquerung des Atlantik wesentlich verkürzt.

Seine Operationsbasis lag rund 150 km nördlich von Angmagssalik und hinter allen Eskimosiedlungen. Weiter als 80 km nördlich von Angmagssalik gibt es heute keine Eskimos mehr. Watkins hat nur ein Alter von 25 Jahren erreicht, hatte sich aber trotz seiner Jugend bereits durch seine Forschungstätigkeit im eisigen Norden einen Namen gemacht. Im Januar war er Trauzeuge bei der Hochzeit seines Freundes Augustine Courtauld in London, den er im Mai 1931 auf einem verlorenen Eisfeld in Grönland aufgefunden und gerettet hatte, nachdem sechs Wochen lang von allen Seiten Courtauld vergebens gesucht worden war.

Grubenbrand in Dortmund

Essen, 29. August.

Nach einer Mitteilung des Vereins für Bergbauliche Interessen ist auf der Schachtanlage „Hansa" in Dortmund ein Grubenbrand ausgebrochen, der heute morgen die Einfahrt der Belegschaft verhinderte. Die Löschungsarbeiten sind im Gange. Menschenleben sind nicht gefährdet.

Schwerer Grubenunfall

Siemianowitz, 29. August.

Ein schwerer Unfall ereignete sich auf den Richterschächten in Siemianowitz. Bei der Ausführung von Zimmerungsarbeiten unter Tage brachen plötzlich die Bursten ein und die herabstürzenden Kohlenmassen verschütteten zwei Arbeiter. Einer von ihnen wurde sofort getötet, während der andere nach mehrstündiger Bergungsarbeit lebend, aber mit schweren Verletzungen geborgen werden konnte.

Schwerer Betriebsunfall

Hamburg, 29. August.

Beim Krümmen eines Eisenrohres ereignete sich heute Mittag auf den Howaldtswerken ein schwerer Unfall. Das luftdicht abgeschlossene Rohr platzte bei der Erwärmung, und durch eine Stichflamme wurden vier in der Nähe stehende Personen verletzt. Man glaubt, daß sich in dem Rohr Petroleumrückstände befunden haben. Alle vier Personen mußten mit schweren Brandwunden einem Krankenhaus zugeführt werden.

Großer Waldbrand in Ostoberschlesien

Lublinitz, 29. August.

In der Nähe von Lublinitz ist ein großer Waldbrand ausgebrochen. Alle Feuerwehren aus der Umgegend sind an der Brandstelle erschienen. Das Feuer hat sich mit einer derartigen Geschwindigkeit ausgebreitet, daß man in einem Umfang von etwa 9 Kilometer Absperrungmaßnahmen durch Errichtung von Dämmen treffen mußte. Es sind mehrere Morgen Wald vollständig vernichtet worden. Der Schaden geht in viele tausende von Zloty.

Raubüberfall in Wuppertal

Wuppertal, 29. August.

Ein dreister Raubüberfall wurde heute in einem Barmer Geschäftshaus verübt. Zwei unbekannte junge Burschen im Alter von 20 bis 23 Jahren drangen plötzlich in die Räume ein, knebelten und fesselten die dort anwesende Kontoristin und nahmen ihr aus ihrer Handtasche die Schlüssel zum Geldschrank. Da es ihnen aber nicht gelang, den Tresor zu öffnen, zwangen sie die Angestellte, dies zu tun. Sie stahlen 1200 Mark in bar und flüchteten. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Seine Tochter erschossen

Gunzenhausen, 29. August.

In dem Dorfe Unterwurmbach hat in der vergangenen Nacht ein Landwirt seine achtjährige Tochter erschossen, die Scheune, in die er die Tote gebracht hatte, in Brand gesetzt und sich selbst durch einen Schuß das Leben genommen. Eheliche Zwistigkeiten sollen zur Tat geführt haben.

Selbstmord des Vorsitzenden des Calmette-Prozeßes

WTB. Lübeck, 30. August.

Amtsgerichtsrat Wibel, der Vorsitzende im Lübecker Calmette-Prozeß, ist nach einer Mitteilung der Justizpressestelle Lübeck am Sonnabend nachmittag in Hamburg freiwillig aus dem Leben geschieden. Amtsgerichtsrat Wibel war aus dem Sanatorium zurückgekehrt und sollte am 15. September seinen Dienst beim Amtsgericht Lübeck wieder aufnehmen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

30) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Der ist immer so, immer muß er vorneweg sein!"

„Das macht nichts. Der Krieg ist jetzt zu Ende. Und die müssen alle wieder freigelassen werden!"

„Sonst holen wir sie raus!"

„Die holen wir alle raus!"

Langsam ziehen die Wagen über die regenverhangenen Wiesen und durch die Wälder Holsteins. Fast vier Stunden dauert die Fahrt. Bei der Einfahrt in die Kieler Bahnhofshalle kurzer Abschied. Hinter der Sperre stehen die auf die Frauen wartenden Matrosen.

Papendieck springt vom Zug ab, noch berauscht von der Fahrt, von der Unterhaltung mit den Frauen, vor allem von den Erlebnissen in Wilhelmshaven, die beim Erzählen immer bedeutender geworden sind. Auch der Arrestanzug, den er und seine Genossen tragen, scheint ihm in diesem Moment etwas Besonderes zu sein und ihn fast mit den in Wilhelmshaven verhafteten Meuterern gleichzustellen. Er will sich groß tun und ruft den an der Sperre wartenden Matrosen zu:

„Achtung, jetzt kommen die Bolschewiki!"

Er verstummt aber gleich wieder, weil er keine Antwort bekommt. Eine Gruppe Offiziere steht in der Nähe, einer dreht sich nach Papendieck um, er unternimmt aber nichts.

Der Transportführer läßt den Trupp antreten und abzählen.

Nach einer Mahnung, sofort auf ihre Schiffe zu gehen, entläßt er sie.

Nachdem Papendieck die Bahnhofshalle passiert hat und die Straße so ruhig und so gewöhnlich wie immer vorfindet, bekommt er noch nachträglich Angst vor der eigenen Courage. Er beeilt sich, über den freien Platz zu kommen. Er wendet sich dem Hafen zu. In der Kaiserstraße stößt er auf einige Leute vom „Kurfürst".

„Der Papendieck von der Backbordwache!"

„Hannes, da bist du ja wieder!"

„Hast du deinen Knast hinter dir?"

„Das nicht, aber wir sind alle entlassen worden!"

„Komm man erst mit, heute sind Versammlungen gewesen, die sind gesprengt worden! Unsere vom ‚Kurfürst' sitzen da unten bei Schülten."

„Versammlungen sind gesprengt worden? Gott sei Dank, dann ist hier ja auch schon etwas im Gange, dann wirds hier ja auch bald losgehen!"

Sie gehen am Wall entlang, an Ladekais, an Schuppen und vertäut liegenden Torpedobooten vorbei. Sie kommen durch die Straße „Hinter der Mauer", — eine enge Gasse, auf beiden Seiten öffentliche Häuser. Einige Frauen stehen, nur mit Strümpfen und leicht übergehängtem Mantel bekleidet, an den Türen und winken:

„Hallo, Jonny, komm hier rein!"

„Komm schon, heute bloß 'ne Mark!"

„Na, denn nich, du doofes Aas!"

Die Laternen werden gerade angesteckt. Gruppen von Matrosen stolpern über das alte, holperige Pflaster. Ein Besoffener sitzt auf einer Türschwelle und zählt seine Groschenstücke. Gegenüber dem Tor, das die Straße „Hinter der Mauer" abschließt, steht das Schloß des Prinzen Heinrich. Hundert Schritte weiter liegt das Restaurant von Heinrich Schülten.

Papendieck wird mit Hallo empfangen. Er erhält ein Glas Bier und muß mit allen anstoßen; dann erzählt er von Wilhelmshaven, von dem Grund seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Arrest, von der Einlieferung der Thüringen- und Helgolandheizer.

„Die hättet ihr sehen müssen, wie die aussahen. Und was die für einen Klamauk gemacht haben!"

„Aber bei uns an Bord erst! Wie der Raumschuh mit dem Schüreisen hinter dem Obermaat hergehiestert ist! Und Bonczyk mit dem Feuerlöschschlauch . . ."

„Und wo steckt Raumschuh jetzt?"

„Eingesperrt, hundertzwanzig von uns!"

„Und vom ‚Markgraf' zweihundertfünfzig!"

„Als wir in Kiel ankamen, am nächsten Morgen, — wir haben kaum gemerkt, was los war. Einzeln sind sie an Deck hochgerufen worden, wir andern lagen noch in den Hängematten!"

„Wenn wir den Urlaubsdampfer kriegen wollen, dann ist's Zeit zum Gehen!" mahnt einer.

‚Hör doch schon auf mit deinem Urlaubsdampfer. An Bord kommen wir noch früh genug; wir fahren mit dem nächsten!"

„Wirt, noch 'ne Lage!"

‚Prost, Hannes!"

„Prost, Fietel"

„In der Arrestanstalt war gar nicht genug Platz. Die meisten haben sie nach den Forts gebracht."

„Nach der Ringstraße und nach Fort Albert!"

„Und was soll jetzt werden?"

„Darüber reden wir doch gerade!"

„Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen!"

„Ihr wißt doch noch, 1917 — — Reichpietsch, Köbis erschossen! Tausend Mann auf Festung! Und wir andern haben nachher mehr zu fressen gekriegt, und dann war an Bord alles wieder ruhig. Diese dumme Bande, wenn die bloß was zu fressen kriegen, vergessen sie gleich wieder alles!"

Plötzlich wird die Tür aufgemacht und von der Straße drängt ein Knäuel Matrosen herein. Mützenbänder vom „Kronprinz", vom „Markgraf", vom „König". Ihre Kragen sind verrutscht, die Mützen sitzen ihnen schief im Genick. Sie schnaufen und sind verschwitzt vom schnellen Laufen, alle reden wild durcheinander.

Ihre Kragen sind verrutscht, die Mützen sitzen ihnen schief im Genick. Sie schnaufen und sind verschwitzt vom schnellen Laufen, alle reden wild durcheinander.

Auch Bonczyk vom „Kurfürst" ist dabei, auch der schwarze Schorsch; Bonczyk packt einen an beiden Armen und redet auf ihn ein: „Hast du gesehen, so ein dreckiges Schwein. In die Fresse muß man ihn hauen! Schlägt mit dem Bajonett immer rauf auf die Beine! Den ganzen Seestiefel hat er ihm aufgerissen, einen ganz neuen Seestiefel!"

„Wir hätten nicht ausrücken sollen!"

„Dann hätten die noch geschossen!"

„Mit Ausrücken kommen wir nicht weiter!"

Die vom Tisch sind aufgestanden:

„Was ist denn nu wieder passiert?"

„Was passiert ist? Diese Schweine die vom Seebataillon!"

„Wir waren auf der Versammlung!"

„War denn noch eine Versammlung?" fragt Papendieck.

„Im Gewerkschaftshaus, wegen der Verhaftungen! Wir waren vorher beim Kommandanten, aber der hat sich nicht sprechen lassen!"

„Auf allen Schiffen waren Abordnungen bei den Kommandos, aber die wollen nicht verhandeln!"

„Und im Gewerkschaftshaus konnte die Versammlung auch nicht stattfinden. Beide Eingänge waren mit Polizei besetzt! Und Plakate waren angeklebt: ‚Der Eintritt ist für Soldaten verboten! Der Festungskommandant'."

„Ich war in der Vorstellung bei dem Zauberkünstler Bellachini, — da kam ein Offizier rein, und alle Matrosen mußten die Vorstellung verlassen!"

„Wenn du in so einer Zeit keine anderen Sorgen hast!"

„Menschenskind, ich hatte doch schon Eintritt bezahlt. Das hätten sie doch auch vorher sagen können!"

„Was war denn nun mit der Versammlung?"

„Wir sind nach dem Exerzierplatz marschiert, alle Mann geschlossen. Wir stehen da und einer hat gerade gesprochen . . ."

„Ein Flandernmatrose!" unterbricht Bonczyk.

„Mensch, sei doch mal still. Also einer hat gerade gesprochen, das stimmt, ein Flandernmatrose. Er wollte dafür sorgen, daß die Werftarbeiter sich uns anschließen, sagte er . . ."

„Zwei Zivilisten waren auch da, von der USP. Die sagten dasselbe. Sie wollen unsere Bewegung unterstützen!"

(Fortsetzung folgt.)

Seeschiffahrtsstreik in Holland?

Rotterdam, 29. August.

WTB. Da der bisher in Geltung befindliche Vertrag für das Personal der Seeschiffahrt seit einiger Zeit abgelaufen und bisher noch kein neues Übereinkommen zustande gekommen ist, scheint es, daß es bereits morgen zu einem großen Streik in der holländischen Seeschiffahrt kommen wird. Auf das bis heute mittag um 3 Uhr befristete gestrige Ultimatum des Zentralen Bundes der Transportarbeiter und der Zentrale der Kauffahrteischiffahrtsoffiziere ist keine Antwort erteilt worden.

Neuartige Streikmethode

Seit 40 Tagen die Fabrik nicht verlassen

CNB. Kattowitz, 30. August.

Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Strem in Strzemieszyce, die sich seit 40 Tagen im Streik befinden, haben bis heute die Fabrikanlagen nicht verlassen und weigern sich auch dies zu tun, solange die Direktion nicht auf ihre Forderungen eingeht. Sie verlangen die Rücknahme der Kürzung ihrer Urlaubsbezüge und des Kohlendeputates. Am Donnerstag weilte eine Behördenkommission in der Fabrik und versuchte eine Einigung herbeizuführen, was jedoch nicht gelungen ist, da beide Parteien auf ihrem Standpunkt verharren.

Teilerfolg des Warschauer Kommunalbeamtenstreiks

WTB. Warschau, 29. August.

Der seit drei Tagen dauernde Streik der Warschauer städtischen Beamten und Angestellten ist heute früh abgebrochen worden, da die Stadt sich durch Lombardierung eigener Wertpapiere Geldmittel zur Auszahlung eines Teiles der Gehaltsrückstände der Streikenden beschaffen konnte.

Der Zweck des Streiks war, Geldauszahlung zu erzwingen. Das haben die Beamten zum Teil erreicht.

Stillegung der Hoeschwerke

Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Köln-Neu-Essen, gibt bekannt, daß es wegen Auftragsmangels gezwungen sei, den gesamten Betrieb vorübergehend stillzulegen. Die Stillegung erstreckt sich für die Zeit vom 27. August bis zum 5. September einschließlich. Bisher waren nur immer einzelne Betriebe gezwungen, bis zu vierzehn Tagen auszusetzen.

Der größte Getreideheber der Welt

für Sowjet-Rußland

Die Deutsche Werft hat für Rußland den größten bisher erbauten Getreideheber fertiggestellt und zur Ablieferung gebracht. Die Lieferung befindet sich unterwegs nach einem Hafen am Schwarzen Meer. Der Heber leistet nach der in Hamburg vorgenommenen Probe stündlich bis 175 Tonnen und überschreitet damit die Forderung bei weitem.

Riesenhotel in Moskau

Wie amtlich bekanntgegeben wird, wird demnächst in Moskau mit dem Bau eines großen Ausländerhotels begonnen werden, das 12 Stockwerke besitzen und 800 Zimmer zählen soll. Es ist geplant, bei dem Hotel eine eigene Garage, eine direkte Verbindung zu der gegenwärtig im Bau befindlichen Untergrundbahn usw. einzurichten. Das Hotel, das im Zentrum Moskaus gebaut wird, soll bereits im nächsten Jahr fertiggestellt werden.

Was wird der ADGB machen

gegen die Tarif-„Lockerung"?

Das von Papen in Münster verkündete Regierungsprogramm bringt bekanntlich die berühmte, von den Unternehmern geforderte Tarif-„Lockerung", d. h. Zerschlagung des Tarifrechtes. Obwohl seit Monaten mit Sicherheit angenommen werden konnte, daß die Papen-Regierung diesen Unternehmerwunsch bzw. Befehl erfüllen wird, hat die Gewerkschaftsführung gegen die drohende Gefahr nichts unternommen, sondern sich an die „Unvereinbarkeit" einer solchen Maßnahme mit der Reichsverfassung geklammert. Mit einer geradezu hilflosen Naivität behandelte das ADGB-Organ, die „Gewerkschaftszeitung", noch in ihrer letzten Nummer vom 27. August diese Frage und schreibt zum Schluß des längeren Artikels:

„Wir warten also einstweilen in voller Ruhe (!) ab, welche Maßnahmen Reichspräsident und Reichsregierung, ohne gegen die Reichsverfassung zu verstoßen, treffen werden, um die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge mehr oder weniger zu beseitigen, denn wir sind der Ueberzeugung, daß es nicht möglich sein wird, diese Preisaufgabe zu lösen. (!) Man kann die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge mit unmittelbarer und unabdingbarer Wirkung nur bejahen oder verneinen, ein Mittelding gibt es nicht. Die Verneinung wäre Verfassungsbruch."

Nun, die Papenregierung verneint mit ihrer neuesten, vom Reichskanzler offiziell angekündigten, durch Notverordnung durchzuführenden Maßnahme die Unabdingbarkeit der Tarife. Heißt es doch im Regierungsprogramm:

„Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen, genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenzen in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht in gleichem Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht."

Hier gibt es keinen Zweifel mehr. Das Tarifrecht ist damit zerschlagen. Wird nun der ADGB weiter „in Ruhe abwarten"?

„Nur im Zeichen der drei Pfeile

ist der Faschismus wirksam zu bekämpfen." So oder ähnlich lauten immer wieder die täglichen Mahnungen der SPD- und freien Gewerkschaftspresse. Und die Klassengenossen aus der eisernen Front glauben noch immer an diese Losung. Daß man aber in Wirklichkeit nur einen Scheinkampf gegen den Faschismus führt, ergibt sich wieder einmal aus dem in diesen Tagen erschienenen Jahresbericht für 1931 des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, den wir demnächst eingehender besprechen werden. Auf Seite 91 dieses Jahresberichtes heißt es in einem Bericht über eine am 13. und 14. März 1932 stattgefundene Sitzung des Verbandsvorstandes mit den Gauvorständen:

„Der Verbandsvorstand machte noch Mitteilung von Ausschlüssen von Mitgliedern der Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Diese SA-Leute haben auf Grund der Anweisungen der Parteileitung die Aufgabe, durch Bildung von Betriebszellen die Gewerkschaften zu zerstören und die Arbeiten für den Aufbau nationalsozialistischer Gewerkschaften zu fördern. Diese SA-Leute sind den RGO-Leuten der Kommunistischen Partei gleichzustellen. Der Verbandsvorstand hat Anträgen auf Ausschluß solcher SA-Leute, die Mitglieder des Verbandes sind, stattgegeben. Die bloße Zugehörigkeit zur NSDAP bildet nach wie vor keinen Grund zum Ausschluß aus dem Verbande."

Kommentar überflüssig!
Nur immer weiter so!

Nazi-Postbehörde

Wie naziverseucht und ganz faschistisch eingestellt die oberen Postbehörden fast durchweg sind, dafür lieferte eine Arbeitsgerichtsverhandlung in Berlin dieser Tage wieder einen Beweis. Vor dem Postamt in der Pfalzburger Straße hatten die Nazis während der letzten Wahl nicht nur Flugblätter verteilt, sondern jeden Postler, der die Annahme ihrer verlogenen Geistesprodukte verweigerte, in der übelsten Weise terrorisiert. Die Postdirektion hatte dagegen nichts einzuwenden. Als aber die Postler sich dagegen wehrten und der Betriebsrat ein Flugblatt gegen den Naziterror herausgab, klagte die Postbehörde. Das Arbeitsgericht wies aber die Klage ab:

„Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme steht fest, daß sich vor dem Postgrundstück Uebergriffe durch nationalsozialistische Flugblattverteiler ereignet haben, so daß im Hinblick auf Ueberfälle, die — wie gerichtsbekannt ist — an anderen Stellen stattgefunden haben, eine gewisse Erregung unter der Arbeiterschaft durchaus begreiflich war. Wenn man das Verhalten der Flugblattunterzeichner richtig würdigen will, darf man diese besonderen Verhältnisse nicht außer acht lassen. Das auf ihre Veranlassung verbreitete Flugblatt ist in einer Zeit abgefaßt worden, wo die politischen Leidenschaften außerordentlich erregt waren und daß — was die Form des Flugblattes betrifft — auch in der nationalsozialistischen Presse Ausdrücke wie „Rote Mordbanditen", „Rotmord" und dergleichen ständig gebraucht werden."

Kongreß der Postler-Internationale

Luzern, 25. August.

WTB. Der Kongreß der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe wurde heute hier in Anwesenheit von 87 Delegierten aus 14 Ländern eröffnet. Der Internationale des Postpersonals sind 427 000 Mitglieder aus 26 Ländern angeschlossen. Im Vordergrund der Tagung steht ein Bericht über die Verminderung der Kaufkraft des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals sowie ein Bericht über die Hygiene in den Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieben sowie die Nebenbezüge des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals in den verschiedenen Ländern.

Weniger Autos, mehr Motorräder

CNB. Berlin, 30. August.

Die soeben durchgeführte Bestandaufnahme hat ergeben, daß sich im Deutschen Reich die Zahl der Kraftwagen vermindert, die Zahl der Krafträder, allerdings nur der Kleinkrafträder, aber noch weder erhöht hat. Am 1. Juli 1932 waren vorhanden 433 559 (steuerfreie) Kleinkrafträder (gegenüber dem Vorjahr + 15,8%), 385 619 andere Krafträder (— 7,7%), 497 275 Personenkraftwagen (— 4,9%), 152 420 Lastkraftwagen (— 5,4 %). Insgesamt waren im Deutschen Reiche 1 499 724 Kraftfahrzeuge im Verkehr, 0,5% weniger als im Vorjahr.

Im ganzen waren am 1. Juli 1932 46 839 Krafträder mit mehr als 200 ccm Hubraum vorübergehend abgemeldet, ferner 63 767 Personenkraftwagen und 21 527 Lastkraftwagen.

Einheitsfrontsabotage der KPD

Der Aufruf des ZK der KPD in der „Roten Fahne" vom 26. April, der zum Ausdruck brachte, daß die KPD bereit sei, mit allen Arbeiter-Organisationen im Kampf gegen den Faschismus zusammen zu arbeiten, hat in vielen Orten Deutschlands die von der SAP erstrebte Bildung der Einheitsfront erleichtert. So war denn zu verzeichnen, daß nach Jahren getrennten politischen Kampfes Reichsbanner, Kampfbund, Schutzbund, SPD, KPD und SAP gemeinsam Schulter an Schulter unter Kampfparolen demonstrierte.

Am 27. Juni wurde in Niederhaßlau (Erzgebirge-Vogtland) zwischen SAP, KPD, Schutzbund und Kampfbund, sowie verschiedenen kleineren Organisationen die Einheitsfront geschaffen. Die roten Massenselbstschutz-Staffeln gebildet unter Beteiligung vieler parteiloser Arbeiter. Die Führung war paritätisch zusammengesetzt. Aber schon der Verlauf der öffentlichen Erwerbslosen- und Rentner-Versammlung vom 25. Juli zeigte, daß die KPD nicht gewillt ist, ehrliche Einheitsfront-Politik zu machen. In dieser Versammlung erklärte der „revolutionäre Stratege", Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe, W. Seltmann — „Wir sind nicht bereit, mit euch als Organisation zusammen zu wirken" — entgegen ihrer Auffassung vom 27. Juni und des ZK-Aufrufes vom 26. April. Weiter wurde von demselben W. Seltmann unserem Gen. K. Baumann erklärt: „Wenn ihr (SAP) euch in der Frage der RGO nicht umstellt, werden wir euch zum Teufel jagen. In der Praxis wurde das so durchgeführt:

In der Sitzung des Aktions-Ausschusses am 12. August sprachen die KPD-Vertreter unseren Genossen „das Vertrauen" ab. Die Reichstagswahl hätte bewiesen, daß wir liquidiert seien und uns für das Proletariat erledigt hätten. Wir seien „Konterrevolutionäre, Sozialfaschisten, Sabotteure, Opportunisten" usw. Mit diesen Schimpfereien umgingen die Kommunisten eine Diskussion über die Frage der RGO. Aus Furcht vor Klärung dieser und anderer Fragen wußten die KPD-Strategen und -Taktiker sich nicht anders zu helfen, als Lügen und Verleumdungen auszusprechen. Was sie in ihrem vor einigen Tagen verbreiteten Flugblatt weiter fortsetzten. Unter diesen Umständen mußte sich die organisatorische Zusammenarbeit mit der KPD zerschlagen. Wir stellen fest:

Es geht uns im Grunde nicht um paritätische Zusammensetzung eines Ausschusses, sondern in der Hauptsache um ehrliches und positives Zusammenwirken im Interesse des Proletariats. Die KPD hat dies bis heute noch nicht begriffen. Solange sie an ihrem dem Proletariat schädlichen Kurs festhält, wird es ihr nie gelingen, die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftler in die revolutionäre Klassenfront einzureihen. Solange die KPD dazu nicht fähig ist, ist es unsere Hauptaufgabe als SAP, im revolutionierenden Sinne auf SPD- und KPD-Arbeiter sowie Gewerkschaftler einzuwirken.

Warum die ILP aus der Arbeiterpartei austrat

Die sozialistische Politik der ILP

Von A. Jenner Brookway

(Schluß)

So viel über die organisatorischen Fragen, denen die Arbeiterklasse gegenübersteht. Nun noch einiges über den Ausgangspunkt: die zukünftige sozialistische Politik.

Wir nähern uns dem Endkampf, aber uns steht eine lang aufgerollte Front des Klassengegners gegenüber, und wir müssen bereit sein, an jeder Stelle dieser Front dem Angriff zu begegnen. Die Arbeiterklasse würde in einer günstigeren Position sein, wenn sie, bevor es zum Endkampf kommt, die Regierungsgewalt dieses Landes in Händen hätte. Es würde natürlich ein besserer Ausgangspunkt sein, die Kontrolle über die Verwaltung, die militärischen und zivilen Gewalten der Regierungsmacht zu besitzen. Die ILP wird daher alles tun, um eine Majorität entschlossener Sozialisten in den lokalen und zentralen Körperschaften zu erlangen und wird ihre Kandidaten nach genauem Plan vorschicken.

Aber wir machen uns keine Illusionen. Wir wissen, daß selbst unter solchen Umständen die herrschende Klasse ihre ganze finanzielle und wirtschaftliche Macht einsetzen wird, um dem sozialistischen Umsturz Widerstand zu leisten. Wir wissen auch, daß die herrschende Klasse ihre letzte Kraft zur Verteidigung ihrer Herrschaft aufbieten und eine offene Diktatur errichten wird, um die politische Demokratie zu zerbrechen. Wir wissen, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch die Arbeiterklasse zu Ausnahmeplänen treiben wird. Wir wissen auch, daß in jedem Augenblick die Gefahr des Krieges akut werden kann.

In all diesen Situationen ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse, nicht nur den unmittelbaren Gefahren Widerstand zu leisten, sondern die herrschende Klasse und das kapitalistische System selbst anzugreifen. Solch ein Kampf kann seinen Ausgangspunkt nehmen von dem Widerstand gegen die kapitalistische Diktatur, gegen Verschlechterung des Lebensstandards, gegen Kriegsgefahr, aber er muß enden in einem Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Erst Machtergreifung — dann Ausführung eines sozialistischen Plans. Das ist der Ruf der ILP an die Arbeiterklasse.

Die Macht muß ausgenutzt werden zur Kontrolle des gesamten Wirtschaftslebens der Nation. Der Plan muß das klare Ziel haben, die Arbeiterklasse zu befreien von Armut und wirtschaftlicher Sklaverei. Die erste Etappe dieses Planes muß sein, die Arbeiterklasse mit den Existenznotwendigkeiten zu versorgen.

Existenzsicherung der Arbeiter

An der zweiten Stelle unseres Planes steht die nicht minder wichtige große konstruktive Aufgabe der Neuordnung des Bankwesens, der Bodenwirtschaft, der Industrie und des Transportwesens nach sozialistischen Gesichtspunkten. Sie müssen in Gemeinbesitz überführt werden, und überall müssen die Arbeiter selbst die Kontrolle ausüben und die besten technischen Kräfte einsetzen. Auch hier sind wir wieder im Vorteil gegenüber Rußland. Die notwendigen, technisch ausgebildeten Kräfte sind überall in den Reihen der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung zu finden.

Drittens wird unser Plan der Arbeiterklasse die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland zu sichern haben und den Außenhandel mit unseren Produkten, die andere Staaten brauchen, organisieren. Wir können im Augenblick nicht wissen, welche Staaten im einzelnen bereit sein werden, in Handelsbeziehungen mit uns zu treten, aber wir können sicher sein, daß einer grundlegenden sozialistischen Umgestaltung in diesem Lande ähnliche Wandlungen in anderen Ländern folgen werden. Rußland würde ohne Zweifel zur Zusammenarbeit mit uns bereit sein, und wir können auf andere Rußlands in einer solchen Situation hoffen.

Die neuen Richtlinien, die der Vorstand der ILP ausgearbeitet hat, stellen fest, daß nach der Eroberung der Macht die politische Demokratie durch die wirtschaftliche Demokratie ergänzt werden muß: die Staatsbürgerrechte sollen von dem Willen zur Arbeit abhängen, und dieser Wille zur Arbeit soll — abgesehen von den Ansprüchen der Kinder, Alten und Schwachen an die Gesellschaft — die Voraussetzung des Anspruchs auf Anteil am Volkseinkommen sein.

In ihrer Außenpolitik wendet sich die ILP vor allem gegen Imperialismus und Krieg, wie sie es immer getan hat. Sie erkennt die Gefahr eines kapitalistischen Krieges gegen Rußland an und verpflichtet sich, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um den Ausbruch eines solchen Krieges zu verhindern und den Absichten der kapitalistischen Klassen, Sowjetrußland zu überfallen und das kapitalistische System in Rußland wieder einzuführen, zu begegnen.

In dieser der Machtergreifung voraufgehenden Periode wird die ILP sich an allen Tageskämpfen der Arbeiterklasse auf allen Gebieten beteiligen. Ihre Mitglieder werden aktiv in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung arbeiten, sie werden nicht nur versuchen, den Kampfeswillen der Mitgliedschaft gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem zu stärken, sondern sich auch für den elementaren Anspruch der Arbeiterklasse auf ein ausreichendes Existenzminimum einsetzen und die Entwicklung dieser Organisationen zu der für die Uebernahme der Produktionskontrolle notwendigen Reife fördern. (Genosse Brookway behandelt hier in einem längeren von uns hier ausgelassenen Abschnitt die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus und Versklavung der Kolonialvölker durch England. D. Red. der SAZ.)

Die ILP wird siegen

Wir in England können stolz darauf sein, daß die ILP der Pionier der modernen politischen Arbeiterbewegung gewesen ist. Wir sind in eine neue Periode eingetreten, und es ist unsere Aufgabe, noch einmal Pionier zu sein — Pionier eines neuen revolutionären Geistes in der Arbeiterbewegung, um sie bereit zu machen für die Stunde der Entscheidung.

Wir zweifeln nicht daran, daß die ILP fähig sein wird, dieses Werk zu vollbringen. Keir Hardie und ein paar tausend Männer und Frauen mit ihm haben den mächtigsten Parteien ihrer Zeit den Kampf angesagt und die Arbeiterpartei geschaffen. Das war die sozialistische Aufgabe jener Zeit. Die Arbeiterpartei hat gegenüber den sozialistischen Forderungen einer neuen Zeit versagt, und heute muß die ILP den Kampf aufnehmen. Durch die gleiche Hingabe können wir den Geist und das Werkzeug schaffen, deren die Entscheidungsschlacht bedarf.

Die ILP nimmt ihre neue Aufgabe voller Vertrauen und Zuversicht auf. Wir wissen, daß die Politik, die wir vertreten, die einzige Hoffnung für die Arbeiterklasse bildet. Wir sind überzeugt, daß die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse alle wirklich klassenbewußten Arbeiter und wirklichen Sozialisten zu der gleichen Erkenntnis führen müssen. Wir werden die ganze Arbeiterklasse sammeln unter dem roten Banner des revolutionären Sozialismus und der ILP.